Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. [illegible]

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109. Donnerstag, den 10. Mai 1917. 24. Jahrg.

Der Friedenswille.

In letzter Linie dreht sich heute alles um Krieg und um Frieden. Alle Versuche, die Menschen zu anderem Denken zu bringen, sind vergeblich. So ist auch die russische Revolution, so mannigfach die Probleme sind, die sie aufwirft, heute bestimmt durch die Frage, ob der Krieg fortdauern solle oder wie man zu billigem Frieden gelangen könne.

Noch ist nicht zu kristallischem Abschluß die russische Revolution gekommen. Ueberraschend war die Widerstandslosigkeit des alten Systems, einzig in der Weltgeschichte war die Tatsache, daß die mächtigste und rücksichtsloseste, gewaltigste und absolute Herrschaft, der Rückhalt aller Reaktion elend zusammenbrach, ohne daß sich die Stützen der alten Ordnung ernsthaft gewehrt hätten, ohne daß Generäle und Armeen für den Zaren eingetreten sind. Wegen dieses Erfolges, der uns bei jedem Nachsinnen über Rußland immer wieder überrascht, wundert man sich, daß die Revolution nicht schon geordneten Verhältnissen Platz gemacht hatte. Aber ein 160-Millionenvolk neu zu organisieren, ist eine Aufgabe, die nicht in Wochen und Monaten, eher in Jahrzehnten gelöst werden kann. Als aus den Unruhen des alten Rußlands nach dem Aussterben der Ruriks ein geordneter Zustand erwachsen sollte, bedurfte es eines halben Menschenalters, bis unter den ersten Romanows wieder Ruhe eintrat. Nun, wo Rußland mitten im Weltkrieg nach den schwersten Niederlagen an Stelle einer Geschichte eines fast tausendjährigen Despotismus eine demokratische Republik setzen will, hieße es Unmögliches verlangen, sollte Rußland in den sieben Wochen, die seit den denkwürdigen Märztagen der zweiten Revolution verflossen sind, zur Konsolidierung gekommen sein. Das ist schon um deswillen unmöglich, weil die Kräfte, die die Revolution erzeugt, ausgelöst und gesichert haben, durchaus nicht einheitlich sind. Der Adel, die Bourgeoisie, die Arbeiter, die Soldaten, von den Oktobristen, die vor der Revolution unseren Nationalliberalen entsprochen hatten und die durch Gutschkow, Lwow und Rodzianko in der Durchsetzung des revolutionären Willens vertreten waren, bis zu den Bolschewiki, die etwa unserer Spartakusgruppe entsprechen, ja noch radikalere Richtungen, schufen die Revolution, also alle Schattierungen vom Liberalismus gemäßigster Art bis zu den äußersten Gruppen nach links. Diese Vereinigung war geschlossen im Gegensatz zum Zarismus, aber sie war durchaus nicht einig in den Fragen der künftigen Regierungsform, der Lösung der Agrarfrage und, was für Rußland und die Welt heute am wichtigsten ist, in der Frage des Krieges.

Während die Arbeiter und der größte Teil der politisch denkenden Soldaten für den Friedensschluß, aber ohne Verzicht auf russisches Gebiet waren, vertrat Miljukow, das geistig überragende Haupt der bürgerlichen Durchsetzer der Revolution, imperialistische Forderungen. Hieraus ergaben sich schon eine Reihe von Gegensätzen, die zuerst ihren Ausgleich fanden in dem berühmten Rundschreiben des Ministerpräsidenten Fürsten Lwow, worin Rußland sich zu einem Frieden bereit erklärte ohne Annexionen. Dies führte allem Anschein nach zu lebhaften Erörterungen in Rußland, ob man einen Sonderfrieden abschließen solle oder ob der Krieg nur mit einem allgemeinen Frieden abgeschlossen werden dürfe. Wohl blieben die Vertreter des Sonderfriedens, wenn man den Meldungen aus Petersburg trauen darf, in der Minderheit, doch der Wunsch nach einem baldigen allgemeinen Frieden und der Verzicht auf Annexionen setzte sich durch. Dies scheint bei den Regierungen Frankreichs und Englands starke Befürchtungen hervorgerufen zu haben. Darauf deutet die Reise von Lloyd George nach Paris und Konferenzen französischer und englischer Staatsmänner mit den Vertretern der verbündeten Großmächte hin. Man scheint die russische provisorische Regierung sehr energisch hingewiesen zu haben auf das Abkommen, das am 30. August 1914 Lord Gren, der französische Botschafter in London, Cambon, und der russische Botschafter in der englischen Hauptstadt, Graf Benkendorff, unterschrieben hatten, wonach sich die Regierungen Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens gegenseitig verpflichteten, keinen Einzelfrieden im Laufe des Krieges zu schließen.

Dieser starke Hinweis auf die Verpflichtungen, die die frühere Regierung, freilich ohne die Duma zu fragen, eingegangen war, schien auf Miljukow um so mehr zu wirken, weil damit seine imperialistischen Tendenzen eine kräftigen Rückhalt gefunden hatten. Wohl wird behauptet, daß die Regierung des zweiten Nikolaus dem Londoner Abkommen vom 30. August eine Klausel beifügen ließ, wonach Rußland zu einem Sonderfrieden berechtigt sei, wenn eine Revolution zu befürchten sei. Doch scheint diese Klausel tatsächlich nicht bestanden zu haben. Viel wichtiger als eine derartige Abmachung ist aber die Tatsache der russischen Revolution selbst. So, wie der Krieg sich ganz unbeschadet aller früheren Abkommen zwischen den Regierungen und aller völkerrechtlichen Festlegungen ein neues Recht geschaffen hat, so schafft sich die russische Revolution auch ihr eigen Recht. Sie fegte mit einem Schlage weg Zarismus, Zaren, Großfürsten, die ganze Bureaukratie, die ganze Verfassung Rußlands, die geschriebene und die überlieferte. Sie hat einen Schlußpunkt gemacht hinter die Geschichte eines Jahrtausends. Da soll nun das Abkommen vom 30. August 1914 das einzig Geheiligte und Unabänderliche bleiben, weil ein Herr Graf Benkendorff seine Unterschrift gegeben hat.

Man darf es den russischen Arbeitern und Soldaten wirklich nicht übelnehmen, wenn sie vor dieser Urkunde nicht in Ehrfurcht erstarren. Als Miljukow im Gegensatz zu der Erklärung des Fürsten Lwow seine völlige Uebereinstimmung mit der Politik der Entente unterstrich, kam es zu Demonstrationen gegen Miljukow, ja zu Straßenkämpfen in Petersburg. Der Gegensatz zwischen der provisorischen Regierung, die Miljukows Solidarisierung mit der englischen Kriegspolitik geduldet hat, und dem Rate der Arbeiter und Soldaten wurde brennend und drohte die provisorische Regierung, zum Rücktritt zu zwingen. Es kam nun zu Verhandlungen zwischen den beiden Trägern der Revolution, die mit dem Verbleib der provisorischen Regierung im Amte, aber mit ihrem vollen Verzicht auf die Annektionspolitik, also mit dem sachlichen Sieg der Arbeiter endeten. Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten nahm mit 34 gegen 19 Stimmen das Abkommen mit der provisorischen Regierung an. Das ist in hohem Maße erfreulich. Es scheint uns die **Entsendung russischer Vertreter zur Stockholmer Konferenz** zu sichern und schafft einen **neuen Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen.** Noch aussichtsreicher als von der Erklärung des Fürsten Lwow, die die Friedenserklärung der österreichisch-ungarischen Regierung ausgelöst hat, wird von der neuen Klarstellung des russischen Friedenszieles eine Bewegung ausgehen können, die Europa den Frieden bringt. Nach der Abmachung der für die russische Revolution und für Rußland selbst allein verantwortlichen Kräfte muß man nun in London, Paris und Rom und auch in Washington erkennen, daß auf Rußlands Hilfe nicht zu rechnen ist, wenn man ferner nach dem weitgesteckten Kriegsziele streben will. Mit zwei Möglichkeiten muß die Entente rechnen: sie muß ihre Kriegsziel anpassen dem **Willen des souveränen** russischen Volkes oder sie zwingt Rußland zu dem, was es nicht will — zum Sonderfrieden. Wären die Vereinigten Staaten heute in der Lage, an Stelle Rußlands als kriegführende Macht einzutreten, dann würde man vielleicht die Petersburger Beschlüsse in London nicht als den schwersten Schlag empfinden. Die Vereinigten Staaten können aber heute keine Soldaten stellen. Sie können die deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen nicht binden, die heute noch an unseren Ostfronten festgelegt sind.

So ist dank der russischen Sozialdemokraten die Aussicht für den Frieden besser als je. Nirgends mehr als in Wien werden die Petersburger Beschlüsse Widerhall finden. Der österreichische Kaiser hat sicherlich nicht ohne Absicht und nicht ohne den Wunsch, daß es in Berlin richtig gedeutet wird, dem österreichisch-ungarischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten das Großkreuz des Stephansordens, eine der seltensten Auszeichnungen, verliehen. Man kann diese demonstrative Ehrung im gegenwärtigen Augenblick nicht anders erklären, als erwachsen aus der Uebereinstimmung des Kaisers mit den Friedensbemühungen des Grafen Czernin. Es ist wohl auch kein Zufall, daß am gleichen Tage, wo die Friedenspolitik des Großen Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten in Petersburg siegte, einer der einflußreichsten österreichischen Staatsmänner, der Minister Hussarek, in einer Antwortrede an den Schweizer Gesandten erklärte:

„Nicht auf Unterjochung, nicht auf Unterwerfung dieses oder jenes Volkstums ist des Oesterreichers Sinn gerichtet. ... Ein Friede kann nur bewahrt werden, wenn ein Nachbar den Nachbar schätzt und ehrt."

Oesterreich-Ungarn und Rußland wollen den Frieden. Auch alle anderen kriegführenden Mächte wollen den Frieden. Aber **niemand betont den Friedenswillen, die Friedensbereitschaft und die Friedensdringlichkeit so sehr wie Rußland und Oesterreich-Ungarn.**

Die Völker aller Mächte sehen mit der lebhaftesten Anteilnahme auf die Bemühungen in Wien und Petersburg, der Welt den Frieden zu schaffen.

Die letzten Schlachttage.

An der Aisne-Front verstärkte sich das Dienstag vormittag schwache feindliche Artilleriefeuer am nachmittag in der Gegend von Laffaux und Braye sowie von 4 Uhr nachmittags gegen unsere Stellungen bis zum Winterberg und bis Chevreux. Hier schwoll es um 6 Uhr abends zum Trommelfeuer an, dem 6 Uhr 15 Minuten abends ein heftiger französischer Angriff folgte; er dehnte sich bis zur Straße Corbeny—Berry au Bac aus. Anscheinend griffen hier zwei frische französische Divisionen an. Am Winterberg und bei Chevreux wurden die Franzosen blutig abgeschlagen. Oestlich von Chevreux, wo der Gegner in Teile unserer vordersten Gräben einzudringen vermochte, wurde er durch Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nur in einer kleinen Kiesgrube vermochten die Franzosen sich einzunisten. Hier wird noch gekämpft. Südöstlich von Ailles drückten wir den Gegner am Morgen des 8. Mai in Handgranatenkämpfen etwas zurück. Feindliche Handgranaten-Gegenangriffe an dieser Stelle wurden vormittags und nachts abgewiesen.

Im Raume von Arras kam am 8. Mai um 8 Uhr abends stärkere bereitgestellte englische Infanterie westlich von Gavrelle in unserem Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung. Ein gleichzeitig gegen den Bahnhof von Roeux in ein Kilometer Breite angesetzter Angriff brach blutig in unserem Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zusammen. Stoßtrupps, die an gleicher Stelle den Angriff nachts wiederholten, wurden ebenfalls abgewiesen. Um 11 Uhr abends wurde ein nach einem schlachtartigen Feuerüberfall gegen Bullecourt vorgetragener Angriff gleichfalls glatt abgewiesen.

Die Wiedereroberung von Fresnoy durch die bayerischen Truppen am 8. Mai war ein im vollsten Umfange geglücktes Unternehmen. Trotz des zähesten Widerstandes wurde der Westrand des Dorfes von den Bayern mit großer Tapferkeit wiedergewonnen, die über 300 Gefangene und 6 Maschinengewehre einbrachten und dem Feind, wie auch bei seinen zweimaligen vergeblichen Gegenangriffen, schwere Verluste zufügten. Ein nach starker trommelfeuerartiger Vorbereitung nachmittags offenbar geplanter dritter Gegenangriff kam in unserem Feuer nicht zur Entwicklung. Starke feindliche Stoßtrupps, die am 9. Mai um 1 Uhr vormittags gegen Fresnoy zum Angriff vorgingen, wurden ebenfalls verlustreich abgewiesen.

In Mazedonien brachen verschiedene, mit starken Kräften vorgetragene Angriffe Sarrails unter schweren Verlusten für den Gegner zusammen.

Der gestrige Abendbericht meldet wenig Neues; er lautet:

WTB. Berlin, 9. Mai, abends. (Amtlich.)

Bei Fresnoy und Bullecourt scheiterten englische Angriffe. Das Feuer war bei Arras und an der Aisne nur stellenweise lebhafter.

Die Gegner melden:

Französischer Heeresbericht vom 8. Mai, nachmittags. Zwischen der Somme und Oise ziemlich starke Artillerietätigkeit. Ein feindlicher Handstreich auf die Gegend von Itancourt scheiterte. Während der Nacht machte der Feind östlich Vauraillon und auf Chemin des Dames in der Richtung auf Pantheon und bei Cerny einen Gegenangriff. Alle Angriffsversuche der Deutschen brachen in unserem Feuer zusammen. Weiter östlich war der Artilleriekampf zeitweise auf der Hochfläche vor Vauclerc und in der Gegend von Craonne heftig. Nördlich der Hochfläche Vauclerc konnten wir durch Handstreich den Mittelpunkt des feindlichen Widerstandes nehmen und 90 Gefangene einbringen. Nordwestlich Reims kam es bei unfruchtbaren Versuchen der Deutschen, in den von uns eroberten Gräben südlich Berry au Bac wieder Fuß zu fassen, zu lebhaftem Kampf, der zu unseren Gunsten endete. Die Zahl der von uns hier gemachten Gefangenen beträgt 120. Nordwestlich von Prosnes eroberten wir ein befestigtes Werk und wiesen nordöstlich des Hochberges einen heftigen deutschen Angriff auf den Kamm Teton ab, wobei der Feind Verluste erlitt und Gefangene in unserer Hand ließ. Beim Gehölz von Avocourt und in der Richtung Chambrettes Handgranatenkämpfe.

Abends: Nordöstlich von Soissons und am Chemin des Dames keine Bewegung der Infanterie. Tagsüber beschoß die deutsche Artillerie, von der unsrigen heftig bekämpft, den Abschnitt Cerny-Hurtebise und die Umgegend von Craonne. Handgranatenkämpfe östlich von Vauxaillon. An der übrigen Front Geschützfeuer mit Unterbrechungen.

Englischer Heeresbericht vom 8. Mai, abends: Heute früh machte der Feind starke Gegenangriffe gegen unsere Stellungen in der Nachbarschaft von Fresnoy. Er hatte zuerst Erfolg und faßte nordöstlich des Dorfes in unseren Gräben Fuß. Bald darauf gewannen wir den verlorenen Boden durch Gegenangriff zurück. Später am Vormittag unternahmen zwei frische deutsche Divisionen östlich Fresnoy einen zweiten mächtigen Angriff. Die rechts auf unserer Front angreifenden feindlichen Truppen wurden mit schweren Verlusten zurückgewiesen. Wir behaupteten erfolgreich

unsere Stellungen. Auf der linken Seite wurden unsere Truppen nach heftigem Widerstande gezwungen, sich aus dem Dorfe Fresnoy nach dem Gehölz zurückzuziehen.

Vom Tage.

Die „Bayrische Staatszeitung" schreibt hochoffiziös: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern und heute unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Graf v. Hertling zu Sitzungen zusammen, wie sie in regelmäßiger Wiederkehr beim Reichskanzler stattfinden. Die Verhandlungen führten zu einem Meinungsaustausch, wobei die von voller Zuversicht auf eine baldige und glückliche Beendigung des Krieges getragenen Ausführungen des Reichskanzlers über die gesamte Lage und die zu befolgende Politik einhellige Zustimmung der anwesenden bundesratlichen Minister fand.

*

In einer dem „Berner Tageblatt" gewährten Unterredung, auf die wir gestern schon kurz Bezug nahmen, hat der türkische Gesandte in Bern, Fuad Bei, erklärt, daß **die Türkei bereit sei, die russischen Wünsche auf Oeffnung der Dardanellen zu erfüllen.** Der türkische Gesandte sagte dabei unter anderem: Die Verhandlungen, die zum Londoner Abkommen vom Jahre 1841 führten, beweisen, daß nur auf Betreiben Englands die Schließung der Dardanellen erfolgt war. Die Türkei hat gar kein Interesse daran, die Geschäfte Englands weiter zu besorgen, und darum ist sie auch gern bereit, die russischen Forderungen zu erfüllen, soweit sie sich nicht in Widerspruch mit der Unabhängigkeit der Türkei befinden. Wir können die russischen Wünsche um so mehr erfüllen, als dieser Krieg den Beweis erbracht hat, daß Konstantinopel vom Meere aus nicht bedroht werden kann. Im Zusammenhang mit dieser Erklärung betonte der Gesandte, daß aber auch dann England noch in der Lage sei, die russische Ausfuhr nach seinen Wünschen zu regeln, so lange nicht der Suezkanal und Gibraltar einer internationalen Ueberwachung unterstellt seien. (Nach einer anderen Lesart hat er die Oeffnung der Dardanellen nur zugestanden, falls England bereit sei, den Suezkanal und die Straße von Gibraltar einer internationalen Kontrolle zu unterstellen.) Zum Schluß erklärte er: Wir erwarten für dieses Jahr eine gute Ernte, denn der türkische Boden war nie so gut bestellt wie jetzt. Im Süden können wir schon in zwei Monaten die neue Ernte einbringen. Bis dahin reicht der Vorrat reichlich aus. Wenn uns das Wetter weiter so günstig bleibt wie bisher, brauchen wir keine Nahrungssorgen zu befürchten. Auch wir haben in diesem Kriege viel gelernt, den deutschen Ernst und die deutsche Gründlichkeit. Mit diesen beiden Fähigkeiten wird die Türkei auch nach dem Kriege ihre Stellung in der Welt behaupten. Wir sind zum Frieden bereit, aber unsere Soldaten an der Front kennen die verbrecherischen Absichten Englands, die die Antwort der Entente auf das Friedensangebot enthüllt hat, und werden, wenn es nötig werden sollte, bis zum letzten Mann einstehen für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes.

*

Die Vereinigten Staaten sind bekanntlich jetzt vom Rüstungsfieber erfaßt. Das läßt nun auch die Japaner nicht ruhen. Das japanische Marineministerium wird sofort nach Zusammentritt des Parlaments einen Plan zu einem neuen Schiffsprogramm vorlegen, das Japan in den Stand setzen soll, mit den amerikanischen Rüstungen Schritt zu halten durch Schaffung von zwei neuen Geschwadern mit 12 Ueberdreadnoughts. Die Kosten betragen 270 Millionen Yen.

Während sich in Europa ernste Männer mit dem Problem befassen, wie einem neuen Völkermorden durch Einschränkung der Rüstungen und durch Schiedsgerichte vorgebeugt werden kann, beschäftigen sich zwei Länder, denen fraglos noch eine glänzende wirtschaftliche Zukunft blüht, mit fortwährenden Rüstungsfragen, schaffen also die Grundlagen für neuen Konfliktsstoff. — Kapitalistische Wirtschaftsordnung!

*

Der Furor teutonicus hat bei den jüngst in Australien stattgefundenen Wahlen den Sieg davongetragen. Es standen sich die wehrpflichtfeindlichen Arbeiterparteiler auf der einen Seite und die Liberalen und die übrigen Arbeiterparteiler auf der anderen Seite gegenüber. Die beiden letztgenannten Parteien wünschen eine starke nationale Regierung und sind für die „kraftvolle Fortsetzung des Krieges". Die sogenannte nationalistische Koalition erlangte die Mehrheit in beiden Häusern der Volksvertretung. Im Unterhaus hat sie 50 Vertreter gegen 25 Wehrpflichtgegner. Im Senat 23 gegen 13 wehrpflichtfeindliche Arbeiterparteiler.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Wien, 9. Mai. (Amtlich).

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der südlichen Bukowina wiesen wir russische Erkundungstruppen ab. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In der Landenge zwischen Ochrida- und Prespa-See verteilten österreichische und ungarische Abteilungen vorgestern einen feindlichen Vorstoß.

Frankreich und Belgien.

Deutsche Vergeltungsmaßnahmen.

Nachdem feindliche Hospitalschiffe wiederholt zu Truppentransporten und Beförderung von Kriegsmaterial Verwendung fanden und wiederholt von deutscher Seite im Sperrgebiet versenkt wurden, hat die französische Regierung als Gegenmaßregel 70 deutsche Offiziere, darunter einen General, auf im Mittelmeer fahrende Hospitalschiffe untergebracht. Zur Erwiderung der französischen Maßnahme wurde unverzüglich die dreifache Anzahl französischer Offiziere, entsprechend dem Dienstgrad, an den von den Fliegerangriffen besonders heimgesuchten Punkten des westlichen Etappenkriegsgebiets untergebracht.

Rußland.

Ueber die Unruhen in Petersburg

liegt heute eine weitere aus Stockholm eingetroffene Meldung vor, nach welcher beim Bekanntwerden der Miljukow-Note rund **130 000 Petersburger Arbeiter** die Werkstätten verließen, um gegen die provisorische Regierung zu demonstrieren. Angeblich kam es zu schweren Ausschreitungen, gegen die Militär aufgeboten wurde; ein Teil desselben ging jedoch zu den demonstrierenden Arbeitern über. Der andere Teil ging mit blanker Waffe vor, wobei 60 Personen getötet oder schwer verwundet wurden. Der Arbeiter- und Soldatenrat faßte hierauf den Beschluß, die gegen das Volk aufgebotenen Soldaten sofort an die Front zu schicken und dem Kommandanten von Petersburg je einen Vertreter der Arbeiter und Soldaten beizugeben, ohne deren Zustimmung er nichts unternehmen darf. Während der Verhandlungen mit der Regierung kam es dann noch zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern Plechanows und Lenins. Letztere hatten auch Miljukow verhaftet.

*

Ein russisches Koalitionsministerium?

Der „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg: Die Ruhe ist wieder hergestellt, jedoch sicherlich nicht endgültig. Das Problem der Neubildung des Ministeriums wurde aufgestellt auf der Grundlage einer Koalitionsregierung, **die den Dualismus zwischen der einstweiligen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat beseitigen soll.** Der ausführende Ausschuß des Abgeordnetenrates der Offiziere verlangte ein Koalitionsministerium, bestehend aus Vertretern der verschiedenen demokratischen Strömungen, sowie auch der Sozialisten, mit einigen Ministern ohne Portefeuille. In der Versammlung der Abgeordneten aller Petersburger Bataillone und Regimenter verlangten einige Redner die **Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums.** Die Mehrzahl der Anwesenden sprach sich jedoch gegen eine solche Regierung aus, die nur die Arbeiterklasse vertreten würde; sie verlangten vielmehr die Erweiterung der gegenwärtigen Regierung durch die Aufnahme von Vertretern der sozialistischen Parteien, vor allem der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Justizminister Kerenski richtete an den Ausführenden Duma-Ausschuß, den Rat der Arbeiter- und Soldaten-Abgeordneten und die sozialistischen Parteien in Petersburg einen Brief, in dem er daran erinnert, wie er die Sorge auf sich genommen habe, die Interessen der Demokratie bei der einstweiligen Regierung zu vertreten. Er drückt die Ansicht aus, daß diese Aufgabe jetzt für eine einzelne Person zu schwer sei. **Die allgemeine Lage des Landes werde immer verwickelter.** Andererseits organisierten sich die Kräfte der Demokratie und entwickelten sich. Die Demokratie könne also nicht mehr von der verantwortlichen Teilnahme an der Regierung des Staates ausgeschlossen werden. Unter diesen Umständen bin ich der Ansicht, schließt Kerenski, daß die Vertreter der Demokratie die Last der Regierung auf sich nehmen können, nach der Wahl und ausdrücklichen Ermächtigung seitens der Organisationen, denen sie angehören.

*

Vorschläge zu den Friedensverhandlungen.

Das Organ Kerenskis, „Rabodja Gazeta", stellt die folgenden konkreten Vorschläge zu den Friedensverhandlungen zur Erörterung: 1. **Mit einem bestimmten Tage hören alle militärischen Landoperationen auf,** die Lage zur See bleibt unverändert. 2. Als Grundlage der Feststellung der neuen Ländergrenzen dient die **alte Europakarte.** 3. Jeder kriegführende Staat behält sich das Recht vor auf **Ansprüche auf gewisse Grenzgebiete,** die sich vor dem Kriege in fremdem Besitz befanden. 4. Der Bevölkerung der Grenzgebiete ist es überlassen, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, einen unabhängigen Staat zu bilden und **Ansprüche auf gewisse Gebiete der kriegführenden Länder zu erheben.** Eine entsprechende Erklärung wird beachtet, wenn mindestens **10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung dafür sind.** 5. In den Fällen 3 und 4 trifft die Friedenskonferenz Maßnahmen zu einer **Volksabstimmung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts** innerhalb der bestimmten Frist. Das **Ergebnis der Abstimmung,** das unter Aufsicht der Vertreter der beiden Parteien und der Landesbevölkerung festgestellt wird, bedeutet eine **endgültige Entscheidung.** 6. Es wird ein Fonds gebildet, etwa von 25 Milliarden Franken, zur **Wiederherstellung der kriegsverheerten Gebiete.** Die Kriegführenden nehmen an dem Fonds teil entsprechend ihren Kriegsausgaben. Der Fonds wird entsprechend dem nachweisbaren Schaden unter die betroffene Bevölkerung verteilt.

*

Maxim Gorki.

Maxim Gorki veröffentlicht in seiner neugegründeten Zeitung ein friedensfreundliches Programm. Jede Vermehrung der Landesverteidigung ohne entsprechende Friedensschritte sei geeignet, den Krieg in die Länge zu ziehen. Die Regierung greife heimtückisch die deutschen und österreichischen Demokraten an, die ihre Anstrengungen für den Frieden mit den russischen vereinigen. Die englische Demokratie lasse sich von der imperialistischen Regierung gängeln. **Ein englischer Sieg sei für Rußland gefährlicher als ein deutscher.** Englands Sieg würde Europa gewiß von Deutschlands Vorherrschaft befreien; aber eine andere Frage sei die, was die geretteten Völker dabei gewinnen; sie kämen vielleicht vom Regen in die Traufe. Gorkis Blatt bespricht die Rede Miljukows abfällig.

*

Ueber den englischen Gesandten Buchanan

lauten die verschiedensten Meldungen um; nach einer Meldung ist er nach England gefahren, nach einer anderen geflohen. Jetzt erklärt die Petersburger Telegraphen-Agentur die Gerüchte für falsch.

*

Englische Seeoffiziere in Kronstadt ermordet.

Während der Unruhen der letzten Zeit sind in Kronstadt auch eine Reihe englischer Seeoffiziere ermordet worden. Es wird bestätigt, daß die russischen Matrosen den englischen Offizieren den Gehorsam verweigern.

*

Eine Kundgebung der Schwarzmeer-Flotte.

Der Kongreß der Vertreter der Schwarzmeer-Flotte, Garnison und Arbeiter, nahm eine Entschließung an, die vollkommene Bürgschaften für die Freiheit der Durchfahrt durch alle Meerengen, sowie Bürgschaft dafür verlangt, daß keine feindliche Flotte in das Schwarze Meer einfahren könne.

England.

Genug Brot und Fleisch.

Im englischen Oberhaus erklärte der Lebensmittelkontrolleur Lord Devonport, daß die Regierung es nicht für notwendig halte, das Brotkartensystem einzuführen. Auch ein Fleischmangel trete nicht ein, solange der Fleischverbrauch sich in vernünftigen Grenzen halte.

Sollte hier der Lebensmittelkontrolleur nicht zu rosig gesehen haben?

Englischer Munitionsarbeiter-Streik.

Aus einer Anfrage im englischen Unterhaus geht hervor, daß 30000 Arbeiter der Munitionswerke in Southlancashire die Arbeit niedergelegt haben, nachdem Streitigkeiten zwischen der Leitung der Munitionsfabrik und 500 streikenden Arbeitern sechs Wochen vom Munitionsschiedsgericht unberücksichtigt gelassen waren.

Der Balkankrieg.

Heftige Kämpfe in Mazedonien.

Bulgarischer Generalstabsbericht vom 8. Mai. Mazedonische Front: Zwischen Ochrida- und Prespa-See gegen Einbruch der Nacht heftiges Geschützfeuer, darauf erfolgte ein feindlicher Angriff, der durch das Feuer von Bomben und Maschinengewehren abgeschlagen wurde. Auf Tscharwena Stena und auf der Höhe 1248 nördlich Bitolia (Monastir) lebhaftes Geschützfeuer, das manchen Augenblick sehr heftig wurde. Im Cerna-Bogen machten nach zweitägiger heftiger Vorbereitung durch Geschütz- und Minenwerferfeuer, das heute in den Vormittagsstunden vom frühen Morgen an mit größter Heftigkeit tobte, gegen 8 Uhr vormittags die Franzosen, Russen und Italiener einen heftigen Angriff, der durch das Sperrfeuer der Artillerie und Minenwerfer abgewiesen wurde. Feindliche Infanterie-Abteilungen, die an manchen Stellen etwas weiter vordringen konnten, wurden durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vernichtet. Das feindliche Geschütz- und Minenwerferfeuer dauerte noch an. Gegen 4½ Uhr nachmittags erfolgte ein zweiter heftiger Angriff, auch dieser wurde durch Geschützfeuer erstickt. Nach artilleristischer Vorbereitung erfolgte ein dritter Angriff; dieser wurde auch durch Feuer und teilweise durch Gegenangriff blutig abgeschlagen. Nachts wurde ein vierter Angriff angesetzt, der gleichfalls erfolglos blieb. Weitere Angriffe werden erwartet. Oestlich Cerna und in der Gegend von Moglena schwächeres Geschützfeuer und Feuerwechsel zwischen vorgeschobenen Abteilungen. Mehrere feindliche Truppen versuchten vorzugehen, wurden aber durch Feuer vertrieben. Heftiges Geschützfeuer aus verschiedenen Kalibern bei Ioppote. Auf dem linken Wardar-Ufer führten die Deutschen gelungene Patrouillenunternehmungen gegen Matschukoo durch. Südlich Doiran wurde unsere vorderste Stellung den ganzen Tag mit ununterbrochenem Geschütz- und Minenwerferfeuer beschossen, das zeitweise die Heftigkeit des Trommelfeuers erreichte. Ein darauf folgender feindlicher Angriff wurde durch Geschützfeuer im Keime erstickt. Am Fuße der Belasica Planina und in der Ebene von Seres das gewöhnliche Geschützfeuer und Tätigkeit schwacher Abteilungen. Ein feindliches Schiff beschoß vom Meerbusen von Orfana aus die Küste bei dem Dorfe von Orfano ohne Ergebnis.

Der Seekrieg.

Neue 27 500 Raumtonnen im Atlantischen Ozean versenkt.

WTB. Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean: 27 500 Bruttoregistertonnen, darunter u. a. die bewaffneten englischen Dampfer „Rio Lages" mit 6000 Tonnen Zucker nach England und „Troilus" (7562 To.) mit Stückgut nach England, der englische Dampfer „Hesperides" (3393 To.) mit Fleisch nach England, ferner zwei unbekannte englische Dampfer, beide mit Kurs nach England.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Spanische Schiffe als Deckung benutzt.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus San Sebastian: Am 4. Mai morgens wurden mehrere französische und spanische Seefahrzeuge, darunter zwei Dampfschaluppen, von einem deutschen Unterseeboot 20 Meilen nordwestlich von San Sebastian angegriffen. Zwei mit kleinen Kanonen bewaffnete Schaluppen eröffneten das Feuer gegen das U-Boot, das zunächst untertauchte dann in guter Entfernung wieder auftauchte und den Kampf aufnahm. Nach einstündigem Gefecht gingen die Schaluppen mit den 7 an Bord befindlichen Matrosen unter. Auch zwei spanische Seefahrzeuge sollen versenkt worden sein und unter ihren Bemannungen Tote und Verwundete haben. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind die spanischen Schiffe dadurch zu Schaden gekommen, daß die bewaffneten französischen Fischdampfer hinter ihnen vor dem deutschen U-Boot Deckung suchten, wodurch die Spanier bei dem sich entspinnenden Kampf ins Feuer von zwei Seiten kamen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Erfolge unserer Luftstreitkräfte.

WTB. Berlin, 9. Mai. (Amtlich.) Im Monat April haben unsere Gegner auf allen Fronten im ganzen 362 Flugzeuge und 29 Ballone verloren. Demgegenüber steht ein eigener Verlust von insgesamt 74 Flugzeugen und 10 Ballonen. An 362 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen ist die Westfront allein mit 350 Flugzeugen beteiligt. Die Summe setzt sich im einzelnen folgendermaßen zusammen: 299 Flugzeuge wurden im Luftkampfe, 52 durch Fliegerabwehrkanonen abgeschossen, 11 mußten aus anderen Gründen hinter unseren Linien landen. Von diesen Flugzeugen sind 171 in unserem Besitz, 181 jenseits unserer Linien erkennbar abgestürzt, 10 jenseits der Linien zur Landung gezwungen worden. Welchen Umfang die Luftkämpfe angenommen haben und mit welcher Erbitterung um die Luftherrschaft gerungen wird, erhellt aus der Tatsache, daß die deutschen Luftstreitkräfte in dem einen Monat April fast halbsoviel feindliche Flugzeuge vernichtet haben, wie im vergangenen Jahre (362 im April 1917 gegen 784 im Jahre 1916) und fast dreimal soviel wie in den erfolgreichsten Monaten des Vorjahres (362 gegen 133 im September 1916).

*

Argentinien und Deutschland.

Die Agencia Americana berichtet: Die argentinische Regierung hat an den argentinischen Gesandten in Berlin gedrahtet, daß sie die Erklärung der deutschen Regierung über die Versenkung der Schiffe annehme und die Gefühle der Freundschaft, die Staatssekretär Zimmermann im Namen des deutschen Volkes übermittelte, anerkenne.

*

Liberias Bruch mit Deutschland.

Der holländische Generalkonsul der Republik Liberia erhielt die telegraphische Verständigung, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Liberia und Deutschland abgebrochen worden sind.

Die Getreideversorgung Schwedens.

Zwischen Schweden und England ist ein Übereinkommen getroffen worden, nach welchem die Möglichkeit gegeben ist, die schwedischen, in ausländischen Häfen befindlichen Getreideladungen nach Schweden einzuführen. Unter diesen Umständen würde das Bedürfnis Schwedens an Brotgetreide bis zur nächsten Ernte gedeckt sein.

*

In Christiania

ist es am Dienstag zu neuen Tumulten gekommen. Viele Schaufenster wurden zertrümmert; die Polizei mußte eingreifen und war erst nach Stunden Herr der Situation. Wie der „Frkf. Ztg. gemeldet wird, handelt es sich bei den Tätern um Pöbel und zugereisten Mob, die bei dem Spektakel im trüben fischen wollen.

*

Die amerikanischen Mineurregimenter.

Nach dem „Allgemeen Handelsblad" meldet „Daily Chronicle" aus Neuyork: Die Mineurregimenter, die aufgestellt wurden und nach Frankreich gesandt werden sollen, werden zu Anlagen von Eisenbahnverbindungen hinter der Front verwandt werden und werden alle Klassen von Eisenbahnarbeitern umfassen, die zum Bau und zum Betrieb der Linien nötig sind. In den großen Eisenbahnmittelpunkten der Vereinigten Staaten soll die Rekrutierung für diese Regimenter mit Hilfe der Gewerkvereine (!!) in Angriff genommen werden.

*

Verstärkung der amerikanischen Handelsflotte.

Nach einer Reutermeldung aus Washington wird vom amerikanischen Kongreß die Bewilligung von einer Milliarde Dollar verlangt, die zum Bau der großen amerikanischen Handelsflotte dienen soll, womit die U-Boots-Gefahr überwunden werden soll. (??)

Die Wahlrechtsfrage

bildete auch am Mittwoch den Gegenstand der Beratungen des Verfassungsausschusses des Reichstages. Erzberger ist weder für eine allgemeine Neueinteilung der Wahlkreise, noch für eine erhebliche Vermehrung der Mandate. Einige Riesenwahlkreise könne man zusammenlegen und dort den Proporz einführen. Ein anderer Zentrumsredner ist gegen alle Anträge. In längeren Ausführungen vertrat Genosse Hofmann-Kaiserslautern den sozialdemokratischen Standpunkt; insbesondere empfiehlt er warm das Frauenwahlrecht. Leider werde aus den Verhandlungen des Ausschusses nichts anderes herauskommen als schmetternde Reden. Westarp will gelegentlich einmal das Proportionalwahlrecht prüfen. — Ministerialdirektor Lewald machte dann Ausführungen, die geeignet sein dürften, großes Aufsehen zu erregen. Er besprach zunächst die ganze Entwicklung der Wahlkreiseinteilung und behauptete, daß **die Zahl von 250 bis 260 000 Einwohnern im einzelnen Wahlkreis nicht anormal** sei, sodaß nur etwa 30 Wahlkreise vorhanden sind, die diese Zahl erheblich überschreiten. Die Regierung sei auch der Ansicht, daß die Riesenwahlkreise abgeändert werden müssen, daß aber bei einer Aenderung auch die **Bedeutung des Landbesitzes** ins Auge gefaßt werden müsse. Die Reichsleitung sei seit längerer Zeit mit Vorprüfungen zur Aenderung der bestehenden Wahlkreiseinteilung beschäftigt. So hat sie u. a. auch bereits eine Studie über eine **Wahlkreiseinteilung nach der Bodenfläche vorgenommen.** Redner zitiert den Regierungsbezirk Niederbayern. Nach der Bevölkerungszahl würden auf diesen Bezirk 4 Abgeordnete treffen, nach der Bodenfläche 8. Wenn man diese beiden Zahlen zusammenrechnet und dann wieder teilt, käme man zu dem Ergebnis, daß dieser Bezirk 6 Abgeordnete entsenden dürfe. — Genosse Dr. David wendet sich scharf gegen die Absichten, die aus der Erklärung Lewalds herausgeklungen haben. Das bedeutet direkt ein Abrücken vom Prinzip des gleichen Wahlrechts. Lediglich aus Angst vor der Sozialdemokratie wolle man dem Volk das wirklich gleiche Wahlrecht vorenthalten. Nach der von Herrn Lewald vertretenen Theorie wäre die Lüneburger Heide als politisch wertvoller einzuschätzen als das Gebiet der Reichshauptstadt. In Wirklichkeit stelle man damit das Korn und das Vieh über den Menschen. Der fortschrittliche Antrag, der inzwischen dahin abgeändert wurde, daß Wahlkreise, in denen der Proporz eingeführt würde, ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden soll, würde dazu führen, daß zwei verschiedene Wahlrechte geschaffen würden. — Lewald versuchte hierauf, seine Ausführungen etwas abzuschwächen. — Ledebour tritt letzterem scharf entgegen und erklärt, daß sie gegen die freisinnige Resolution stimmen würden, weil einzig und allein die Sozialdemokratie dadurch benachteiligt würde. — Die Beratungen wurden dann vertagt.

Diese Verhandlungen sind charakteristisch für die Absichten der Regierung, die anscheinend am liebsten die „Neuorientierung" so auffassen möchte, daß eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes herauskommt. Man muß sich also auch auf heftige Kämpfe gefaßt machen. Bedauerlich ist nur, daß in diesen Kämpfen die Vertretung der Arbeiterklasse sich nicht einig ist, sondern sich gegenseitig zerfleischt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Marine-Etat.

Im Gegensatz zu den einigermaßen bewegten Debatten, die der Militär-Etat im Reichstag entfesselt hatte, gestaltete sich die zweite Lesung des Marine-Etats am Mittwoch nicht nur ruhig, sondern großenteils sogar recht langweilig. Nur der Anfang war geeignet, größeres Interesse zu erwecken. Man hörte von dem Berichterstatter, dem bayerischen Zentrumsmann Dr. Pfleger, die bezeichnende Tatsache, daß in Tokio während des Krieges nur zweimal Extrablätter erschienen seien: das eine meldete den Fall von Kiautschou, das andere aber die Schlacht am Skagerrak. In der Debatte war nachher von dieser großen Seeschlacht noch öfter die Rede und sie wurde mehrfach als ein gewaltiger Sieg der deutschen Flotte gefeiert. Gleich nach Dr. Pfleger ergriff Admiral von Capelle das Wort zu Ausführungen über den U-Boot-Krieg, durch den in den ersten drei Monaten bereits 2,8 Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt worden sind. Die Redner derjenigen Parteien, die den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schon immer gefordert hatten, hielten auch mit ihrer Genugtuung über diese Erfolge nicht zurück. Der sozialdemokratische Redner Genosse Giesebert verhehlte indessen die Bedenken seiner Partei gegen die Anwendung dieser Methode nicht.

Im übrigen galten die Auseinandersetzungen in der Hauptsache Arbeiter- und Angestelltenfragen, worüber Genosse Brandes, der Unabhängige Vogtherr, der Fortschrittler Weinhausen und mehrfach Admiral von Capelle und Geheimrat Harms sprachen.

Beim Etat des Reichskolonialamtes wies Genosse Noske auf die Treue der farbigen Soldaten in Deutschostafrika zum Reiche hin; sie sei auch eine Folge der vernünftigeren Behandlung der Eingeborenen, auf die die Sozialdemokratie immer hingewirkt hat. Wenn die sozialdemokratische Partei einen Frieden ohne Annexionen fordere und das Reich unversehrt erhalten wolle, so beziehe sich das natürlich auch auf die Kolonien, womit indessen nicht gesagt werden soll, daß kein Grenzstein verrückt werden dürfe. Für solche Veränderungen müßten aber Kompensationen erlangt werden. Ueber die Hineinragung des Krieges durch die Westmächte nach Afrika und über die barbarische Behandlung der gefangenen deutschen Zivileinwohner und ihrer Familien sprach Noske in entrüsteten Worten. In der achten Abendstunde hielt der Arbeitsgemeinschaftler Henke noch eine Rede gegen Kolonialpolitik im allgemeinen und deutsche im besonderen, worauf noch Staatssekretär Dr. Solf das Wort ergriff.

Der Kampf gegen die Gesindeordnungen.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Dienstag zum zweiten Mal über die Eingabe des Zentralverbandes der Hausangestellten auf Aufhebung der Gesindeordnungen. Die Kommission war einstimmig der Auffassung, daß ein einheitliches und den modernen Rechtsauffassungen entsprechendes Recht für das Gesinde und die ländlichen Arbeiter geschaffen werden müsse. Aber die Unterstellung des Gesindes unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung ging der Mehrheit der Kommission zu weit. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Eingabe zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt; darauf wurde einstimmig die Ueberweisung als Material beschlossen.

Ernährungsfragen.

Im Reichstagsausschuß wurde die Besprechung über die Milch- und Fettversorgung fortgesetzt. Es wurde lebhaft Klage über die Schwierigkeiten der Milchversorgung in Berlin geführt; bis zu 40 Prozent der Milch kam in den letzten Tagen sauer an. Von einem nationalliberalen Redner (Heck) wurde behauptet, die Milchproduktion sei sehr unrentabel; die Milch komme dem Bauern selbst auf 35 Pfg. zu stehen. Er wurde hierin unterstützt von einem Redner der Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Vertreter der Reichsfettstelle erklärte auf die Forderung, die Milch restlos zu erfassen, das sei unmöglich. Die Redner der Sozialdemokraten und der Fortschrittler wandten sich scharf gegen die Ausführungen der Milchagrarier. Die Weiden seien doch nicht teurer geworden. Bisher habe die Milchproduktion immer noch ihren Mann ernährt. Die Beschwerden über hohe Preise der Pflanzenöle gab dem Vertreter der Reichsstelle für tierische und pflanzliche Fette Anlaß, darzulegen, daß leider der Preis für Nüsse, die im Auslande aufgekauft wurden, durch den freien Handel bis auf 7 Mark das Kilo hinaufgetrieben wären. Später als der Reichsstelle die allgemeine Einfuhr übertragen wurde, konnte der Preis auf 1,90 Mark herabgedrückt werden. Aus den Beständen des freien Handels ist dann Rüböl zum Preise bis zu 30 Mark und darüber pro Pfund in den Handel gekommen. Dieser Zustand ist jetzt beseitigt, da das Oel beschlagnahmt ist. Die Versorgung der Margarinefabriken mit Oel ist in dem Umfange möglich gewesen, daß die Margarineproduktion auf der jetzigen Höhe für zwei Jahre sichergestellt ist. Desgleichen ist die Versorgung mit technischen Oelen für die kommende Zeit ohne jede Schwierigkeit durchzuführen, allerdings mit den jetzt üblichen Einschränkungen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Arras ist der Artilleriekampf in weiterer Steigerung begriffen. Unsere Gräben westlich von Lens und Avion waren gestern das Ziel vergeblicher feindlicher Unternehmungen. Fresnoy blieb gegen erbitterte englische Angriffe restlos in unserer Hand. Um den Besitz von Bullecourt wogte der Kampf hin und her.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Soissons und Reims nahm die Gefechtstätigkeit zeitweise wieder zu, hielt sich im allgemeinen aber in mäßigen Grenzen.

Am Winterberg und bei St. Marie Fe., östlich von Cormicy, wurden mehrmals wiederholte französische Angriffe im erbitterten Nahkampfe und durch Gegenstoß abgeschlagen.

Nordwestlich von Prosnes blieben feindliche Teilvorstöße erfolglos.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

In mehreren Abschnitten verliefen Unternehmungen unserer Aufklärungsabteilungen erfolgreich.

*

9 feindliche Flugzeuge wurden im Luftkampfe, 1 durch Abwehrfeuer zum Absturz gebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der Narajowka, bei Brzezany und an der Eisenbahn Tarnopol-Zloczow lebte das Artillerie- und Minenfeuer auf.

An der

Mazedonischen Front

wurde gestern die Schlacht mit größter Erbitterung fortgesetzt und übertraf alle bisherigen Kämpfe auf dem dortigen Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Monastir scheiterten feindliche Angriffe, die den Besitz unserer Höhenstellungen zum Ziele hatten.

Im Cernabogen haben morgens, nachmittags und abends durch starkes Artillerie- und Minenfeuer vorbereitete, auf einer Front von 16 Kilometern ausgeführte Massenangriffe der Italiener stattgefunden und wurden restlos unter schwersten Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Nördlich von Vodena in unsere Stellungen eingedrungene Serben wurden blutig zurückgeworfen.

Die verbündete deutsche und bulgarische Infanterie hat in hartnäckiger Abwehr und erbitterten Gegenstößen, unterstützt durch die sich in alle Lagen sehr schnell anpassende Artillerie, ihre Stellungen restlos behauptet und sich glänzend geschlagen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Bekämpfung der Wucherpreise

macht gute Fortschritte. Da ein Keil bekanntlich den andern treibt, und die Fleischpreise auf die Geflügel- und Fischpreise geradezu verheerend gewirkt haben, so werden umgekehrt dauernd hohe Fischpreise auch die Preise anderer Lebensmittel ungünstig beeinflussen. Soeben wurde die rechtsrheinische Rheinfischerei durch den Kgl. Forstmeister in St. Goarshausen neu verpachtet. Dabei erzielte die Strecke Bornhofen-Ehrenthal, die bisher für 32 Mark verpachtet war, 1050 Mark. Die nur reichlich halb so lange Strecke Ehrenthal-Wellmich brachte 800 Mk. Eine andere, nur 200 Meter lange, bisher für 15 Mark verpachtete Stelle brachte 100 Mark. Kriegspreise, wird man sagen. Aber die Verpachtung geschah auf nicht weniger als neun Jahre, und dadurch dürften die Kriegspreise für absehbare Zeiten als Mindestpreise festgelegt worden sein.

Zur Organisation des Lebensmittelverkehrs.

Am 4. April 1917 wurde durch das W. T. B. eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hatte:

„Seemuscheln. Amtlich wird bekanntgegeben: Nachdem nunmehr der Frost aufgehört hat, ist auch die **frische Muschel wieder in Deutschland erschienen. Große Mengen kommen, insbesondere aus Holland, täglich herein, so daß die Versorgung mit Muscheln bis zum Aufhören der Muschelernte bis Ende April eine recht reichliche sein wird.** Die Kommunen, die Muscheln waggonweise beziehen wollen, wenden sich zweckmäßigerweise an den Reichskommissar für Fischversorgung. Der Kleinhandelspreis wird etwa 15 bis 18 Pfg. für das Pfund betragen."

So der amtliche Bericht vom 4. April. Der Termin, der Muschelkampagne, die bis Ende April dauern und eine sehr reichliche werden sollte, ist abgelaufen, aber von frischen Seemuscheln geschweige denn von einer Kampagne darin, dürfte wohl seit dem Tage der Bekanntmachung bis auf den heutigen Tag niemand etwas wahrgenommen haben. Wo die großen Mengen Seemuscheln, die nach dieser Mitteilung täglich aus Holland hereingekommen sind, geblieben sind, darüber dürfte vielleicht der Reichskommissar für Fischversorgung ebenfalls Auskunft zu erteilen in der Lage sein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. Mai.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 21. Mai, statt. Sie wird sich, wie wir erfahren, u. a. mit einem Senatsantrage auf Einsetzung einer aus 5 Mitgliedern des Senates und 10 bürgerschaftlichen Mitgliedern bestehenden gemeinsamen Kommission zu beschäftigen haben, die Vorschläge zur Abänderung des Bürgerschaftswahlrechts ausarbeiten soll.

„Gott bewahre uns vor einem Frieden von Stockholm!" So ruft das Lübecker Amtsblatt in Sperrschrift am Schlusse eines von ihm heute veröffentlichten Artikels aus. Wenn der Verfasser eines derartigen Artikels im Trommelfeuer der Schlachten an der Westfront stände und solche Ansichten zum besten geben würde, so würden wir letzteren zwar entschieden entgegentreten, weil wir sie für schädlich halten und weil sie dem Willen und den Wünschen der großen Mehrheit des Volkes in keiner Weise entsprechen, aber den Mut des Mannes bewundern. Der Herr kämpft jedoch an der ungefährlicheren alldeutschen Front in Berlin, und dadurch wird seine Angst vor dem Stockholmer Frieden weit weniger heroisch. Wir erinnern uns übrigens auch, daß im Dezember vorigen Jahres, als das deutsche Friedensangebot des Kaisers erfolgte, die „Lübeckischen Anzeigen" darüber erschreckt waren: die Ablehnung desselben wurde von der gleichgesinnten Presse „mit einem Gefühl der Erleichterung" begrüßt. Wenn es nach gewissen Leuten ginge, die allerdings selbst weit vom Schusse sitzen, dann würde der Krieg wohl bis zum jüngsten Tage dauern. Aber es geht nicht nach ihnen. Und die Tatsache steht fest, daß sich die Blicke fast der gesamten gequälten Menschheit hoffnungsvoll auf Stockholm richten. Mögen sich diese Hoffnungen erfüllen!

Den Heimeroberern, die noch immer von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen, schreibt dieser Tage die „Kölnische Ztg.", die nicht selten Auffassungen der Regierung wiedergibt, folgende Zeilen ins Stammbuch:

„Mit Staunen und Entsetzen wird das deutsche Volk, wenn nach dem Kriege über so vieles abgerechnet wird, sehen, mit welchem Eifer und leider auch mit welch tiefgehender Wirkung von unseren Feinden die Aeußerungen unverantwortlicher politischer Dilettanten übersetzt und ausgebeutet wurden, die in leidenschaftlicher Gefühlspolitik von germanischer Weltherrschaft, Angliederung benachbarter Völker gesprochen und in überhebender Herabsetzung anderer Kulturen und geringschätzender Behandlung der Rechte anderer Unglaubliches geleistet haben."

Von einer klaren Angabe seiner Kriegsziele sieht das rheinische Blatt allerdings selbst auch ab; es begnügt sich mit den bekannten vieldeutigen Redewendungen.

Höchstpreise für Seife. Nachdem es denen, die nicht in der Lage waren, für ein Stückchen Seife 4, 5 und 6 Mark zu zahlen, nicht mehr möglich war, sich einmal ordentlich sauber zu waschen und nachdem Seifenfabrikanten und Händler, Kettenhändler, und andere das Fett von der Seife abgeschöpft haben, werden endlich Höchstpreise für Seife festgesetzt. Nach der Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" dürfen vom 10. Mai ab folgende Preise bei Abgabe an den Verbraucher:

1. bei Kernseife und sonstiger Seife in schnittfester Form, mit Ausnahme von Feinseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von

a) 58 und mehr	vom Hundert	Mk.	8,—	für 1 Kilogramm	
b) 50 bis 57	„	„	7,20	„ 1	„
c) 40 „ 49	„	„	6,—	„ 1	„
d) 30 „ 39	„	„	4,70	„ 1	„
e) 20 „ 29	„	„	3,35	„ 1	„
f) unter 20	„	„	1,30	„ 1	„

2. bei Feinseife, mit Ausnahme von K.-A.-Seife, einschließlich Packung Mk. 12 für 1 Kilogramm,

3. bei Schmierseife mit einem Gehalt an Fettsäure von

a) 38 und mehr	vom Hundert	Mk.	5,20	für 1 Kilogramm	
b) 30 bis 37	„	„	4,65	„ 1	„
c) 20 „ 29	„	„	3,25	„ 1	„
d) 10 „ 19	„	„	1,60	„ 1	„
e) unter 10	„	„	0,65	„ 1	„

nicht überschritten werden. Geringere Mengen sind entsprechend dem Mindergewicht geringer zu berechnen. Danach wird man für ein Stück Feinseife von 80—100 Gramm nicht viel mehr als 1 Mk. zu zahlen brauchen. Verpflichtet zur Abgabe für den Letzten

Letzten Preis ist jeder, der Seife zum Verkauf feilhält. Weigert der Verkäufer sich, die Seife abzugeben, so benachrichtige man den nächsten Schutzmann, dessen Pflicht es ist, einzuschreiten. Vermutet man, daß der Verkäufer die Seife zurückhält, so ist der nächsten Bezirkskontrollstelle Mitteilung zu machen, denn es ist anzunehmen — die Erfahrung hat es ja gezeigt —, daß manche Händler versuchen werden, die Seife zurückzuhalten, um sie unter Umgehung des Höchstpreises heimlich abzusetzen. Leider ist für ausländische Seife kein Höchstpreis festgesetzt, so daß das alte Spiel von neuem beginnen wird. Davor muß aber die Bevölkerung geschützt werden, und zwar von Reichswegen, ein einzelner Staat kann dagegen nicht vorgehen, weil er sonst ganz von der Ware entblößt würde.

Ablieferung von Aluminium in jeglicher Form. Auf Grund einer am 10. Mai ds. Js. veröffentlichten Bekanntmachung des stellvertretenden kommandierenden Generals werden von den Metallsammelstellen auch nicht beschlagnahmte und nicht enteignete Gegenstände und Materialien aus Aluminium sowie Altmaterial und zwar zu einem Preise von 2,50 Mk. für jedes Kilogramm Aluminium angenommen werden. Den Materialien und Gegenständen anhaftende Teile aus anderen Stoffen sind vor der Ablieferung zu entfernen. Zur möglichst umfangreichen Beschaffung von Kriegsbedarf wird empfohlen, alles Aluminium, das aufzutreiben ist, abzuliefern. In Lübeck werden die Geschäfte einer öffentlichen Sammelstelle bekanntlich von der Polizeikasse, Mengstraße 4, wahrgenommen.

wb. **Der bunte Abend,** den am Mittwoch Angehörige des Regiments „Lübeck" zum Besten der Hinterbliebenen gefallener Kameraden im Stadttheater veranstalteten, hatte ein vollbesetztes Haus gebracht. Von den einzelnen Darbietungen sind vor allem die „Lebenden Bilder aus dem Soldatenleben" hervorzuheben, die den Zuschauer in Feindesland und auf das Schlachtfeld versetzten, und ganz vorzüglich und naturgetreu vom Landsturmmann Schaefer gestellt und gruppiert waren. Lebhafter Beifall und Bewunderung wurde auch den Leistungen einer Musterriege in Reck- und Gruppenturnen gezollt. Die „Lieder für Bariton" des Gefreiten Meyer 26 wurden vom Landsturmmann Kluth bestens begleitet — gut zu Gehör gebracht. Auch der Wehrmann Wolffenstein als Rezitator und Tambour Reißner als Akrobat verdienen Lob, das auch der Partnerin des letzteren, die sich als Serpentintänzerin produzierte, nicht vorenthalten werden soll. Die Kapelle des Regiments spielte ihre Weisen flott und wirksam.

Einsiedelfähre. Das Fahrgeld für die einmalige Benutzung der Einsiedelfähre während der Tageszeit ist auch für die Zeit bis zum 30. September 1917 auf 5 Pfennige für die Person erhöht worden.

Landaufenthalt für Stadtkinder. In bezug auf die Kinder, die im Fürstentum Lübeck untergebracht sind, gelten folgende Bestimmungen: Die Lebensmittelbücher, die Fleischkarten nebst den Zulagfleischkarten, die Brotkarten, die Eierkarten und die Seifenkarten sind an das Jugendamt abzuliefern. Die etwa abweichenden Bestimmungen hinsichtlich der Kinder, die in unserem eigenen Lübecker Landgebiet untergebracht werden, erhalten die betreffenden Eltern durch die Post.

Eröffnung der Sommerspielzeit des Hansa-Theaters. Am kommenden Sonntag beginnt die Sommerspielzeit des Hansa-Theaters mit einem neuen Werke von Herm. Stein, (dem bekannten Verfasser von „Kaisersnuß" und „Akrobaren") und Adolf Steinmann. „Es zogen drei Burschen", ein fröhliches Spiel vom Rhein, bereitet sich das Stück, das studentisches Leben mit rheinischer Weinseligkeit mischt, die durch zahlreiche Gesangseinlagen gewürzt sind. Der Mitverfasser Adolf Steinmann leitet selber die Einstudierung seines Werkes und gastiert gleichzeitig in der Rolle des sächsischen Münchhausen und Rentier Bleiemann. Eine weitere Hauptrolle wird von dem beliebten Ernst Albert a. G. dargestellt. Das Stück erlebte in Hamburg weit über 100 Aufführungen. Eine Reihe neuverpflichteter Kräfte wird sich am gleichen Abend dem Publikum vorstellen.

Rotes Kreuz. Auf die heutige Anzeige bezugnehmend erlaubt die Zentrale vom Roten Kreuz sich die höfliche Bitte an alle Freunde des Roten Kreuzes, die zur weiteren Durchführung der vielseitigen Liebesarbeit monatliche oder einmalige Beiträge gesichert haben, die ihnen zugesandten Aufforderungskarten gütigst zurücksenden zu wollen. Die Karten erleichtern der Zentrale durch die vorgedruckten Zahlen die Aufstellung der Listen und Gabenverzeichnisse in hohem Maße.

Hamburg. Eine Verbindung zwischen Elbe und Donau. Der von der Handelskammer zu einer außerordentlichen Versammlung berufene „Ehrbare Kaufmann" faßte eine Entschließung, wonach er den Bau einer Wasserstraße zwischen der Elbe und der Donau im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der beiden im Krieg und Frieden verbündeten Staaten, des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarn, für dringend erforderlich hält. Die günstigste und billigste Linie hierfür sei der von der Elbe bei Pardubitz abzweigende und bei Prerau in den zu erbauenden Oder-Donau-Kanal einmündende Kanal. Die so zu schaffende, im österreichischen Wasserstraßengesetz von 1901 bereits vorgesehene Verbindung zwischen der Elbe, Oder oder Donau sei vom Deutschen Reich mit allen Mitteln, auch durch Beiträge zu den Kosten des Baues, zu fördern. Diese Aufgabe dürfe hinter dem Donau-Main-Kanal nicht zurückstehen, dieser würde nur den Häfen von Antwerpen und Rotterdam zugute kommen und dadurch Hamburg schaden. Die Interessen Hamburgs, das durch den Krieg schwerer als ein anderer deutscher Bundesstaat in seiner wirtschaftlichen Stellung geschädigt ist, seien bei dem Bau von Wasserstraßen in erster Linie zu berücksichtigen.

Harburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Bahnhofe Wilhelmsburg, wo die Hemmschuhlegerin Auguste Bromolski von einem einlaufenden Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde.

Itzehoe. Zwei Frauen tödlich verunglückt. Auf dem Güterbahnhof Brunsbüttelkoog sind Dienstag abend zwei Bahnarbeiterinnen, die Ehefrauen Sülk und Hinrichs aus Ostermoor, tödlich verunglückt. Die Frauen sammelten nach Feierabend an der Kartoffelverladestelle die unter die Wagen gefallenen Kartoffeln auf. Beim Rangieren prallten mehrere Eisenbahnwagen zusammen, wodurch die beiden Frauen totgestoßen wurden.

Neustadt i. M. Großfeuer. Als der Erbpächter Dolge in Blieveniorf nach Hause kam, sah er, daß seine mit Stroh gedeckte Scheune brannte. Obwohl schnell Leute zur Stelle waren und eifrig zu löschen versuchten, gelang es bei dem ziemlich starken Wind doch nicht, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Bald standen auch die rechts und links liegenden, ebenfalls weichgedachten Scheunen der Erbpächter Schult und Seits in hellen Flammen. Ebenso auch die Schweineställe von Schult und Dolge. Dagegen gelang es den vielen Spritzen vereint, das sehr stark gefährdete Gehöft des Erbpächters Joachim Bartelt sowie eine Reihe anderer angrenzender strohgedeckter Gehöfte zu retten. Im ganzen sind sechs Gebäude und ein Schuppen ganz niedergebrannt, stark beschädigt außerdem das Wohnhaus des Erbpächters Dolge und die überdachte Einfahrt des Büdners Nelius.

Trudern. Kindesmord und Selbstmord. In letzter Zeit war der Gendarmerie in Bradersup zu Ohren gekommen, daß eine Witwe ihr uneheliches Kind umgebracht und beseitigt habe. Gendarmerieoberwachtmeister Parbs begab sich an Ort und Stelle, um Nachforschungen anzustellen. Nach anfänglichem Leugnen gestand die Witwe N. in Bradersup, ein, unehelich geboren zu haben, das Kind sei jedoch tot gewesen und von dem unehelichen Vater dem Schmiedemeister F. beseitigt worden. Infolgedessen wurde F. ins Verhör genommen, leugnete jedoch zunächst alles. In die Enge getrieben, begab er sich darauf mit der Gendarmerie in die Torfscheune und begann ein tiefes Loch zu graben. Aus diesem förderte er dann eine Kindesleiche zutage. Da seine Schuld an der Beseitigung der Leiche somit erwiesen war, wurde er verhaftet und nach Leck ins Gerichtsgefängnis gebracht. Während der folgenden Nacht hat dann die Witwe N. ihrem Leben durch Ertränken in einer Mergelkuhle ein Ende gemacht. F. ist vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Zuchthaus für Schwindeleien mit Brotkarten. Der Bäckermeister Bernhard Stahl und seine Frau in Dochemmerich waren angeklagt, einen bei der Brotkartenstelle beschäftigten Lehrling veranlaßt zu haben, ihnen Brotkartenabschnitte zu verschaffen. Auf solche Abschnitte hatte die Bäckerfamilie 478 Zentner Mehl mehr bezogen, als ihr zustand. Stahl gab an, von der Sache nichts zu wissen. Der Bäckereibetrieb werde von seiner Frau geleitet. Ueber diese Behauptungen sollen weitere Ermittelungen angestellt werden. Frau Stahl wurde von der Strafkammer in Cleve zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, 1500 Mk. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Lehrling erhielt zwei Monate Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Mai. Wie im Reichstag verlautet, haben zur Lösung der Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung der Reichstagwahlrechts-Frage im Verfassungsausschuß einstellten, Besprechungen zwischen den Nationalliberalen, dem Zentrum, den Freisinnigen und den Sozialdemokraten stattgefunden, die bereits zu einer Einigung in der Frage der Einführung der Verhältniswahl geführt haben.

Genf, 9. Mai. Die französische Regierung hat beschlossen, der Abordnung der Minderheitssozialisten die Pässe nach Stockholm zu verweigern.

Stockholm, 9. Mai. Der Hauptausschuß des schwedischen Friedensbundes hat sich an den Minister des Auswärtigen mit einem Schreiben gewandt, in dem dieser gebeten wird, anläßlich der bevorstehenden nordischen Ministerkonferenz die skandinavischen Staaten zu einer Initiative im Sinne der Friedensvermittlung zu bewegen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Da der Schlachtermeister **Heinrich Kronsbein, Travemannstraße 26–28,** seinen Betrieb, soweit er für die Versorgung der Zivilbevölkerung in Frage kommt, von der nächsten Woche ab einstellt, findet die Ausgabe der Fleischkarten und Zulagfleischkarten für seine Kunden am Donnerstag, dem 10. Mai 1917, **nicht** statt.

Die bisherigen Kunden des Schlachtermeisters Heinrich Kronsbein wollen sich vom Montag, dem 14. Mai ab in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, I, Zimmer 1, in den Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags melden und dabei angeben, von welchem Schlachter sie künftig ihr Fleisch beziehen wollen. Sie erhalten in der Geschäftsstelle neue Fleischkarten ausgehändigt und werden daselbst in die Kundenliste des betreffenden Schlachters eingetragen.

Bei der Ummeldung sind ein amtlicher Ausweis, das Lebensmittelbuch und der Stamm der bis zum 13. Mai gültig gewesenen Fleischkarte vorzulegen.

Lübeck, den 9. Mai 1917. (707

Das Polizeiamt.

Eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und unbrauchten Gegenständen aus Aluminium vom 1. Mai 1917 Nr. Mc. 1700/4. 17 K. R. A. als Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 1. März 1917, Nr. Mc. 5002. 17 K. R. A. wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. Mai 1917.

715 **Stellv. Generalkommando IX. A.-K.**

Eine Verordnung, betreffend

Herstellung und Verbreitung von Druckschriften

wird durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) veröffentlicht.

Der stellv. kommandierende General
v. Falk,
General der Infanterie.

711

Magermilchverteilung am 11. Mai
(mit Vorbehalt der Verfügungsfähigkeit).

In den meisten Läden ist auch ein Teil **Buttermilch**; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an die

Nr. 1 bis 150

der Ausweiskarte.

713 **Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.**

Empfehle meiner werten Kundschaft diese Woche:

Hochf. Mortadella
und Leberwurst
f. Hack und schöne Bratenstücke
prima Suppenfleisch.

Fern. 2975 **Herm. Dose, Inhaber.**
Großschlachterei mit elektrischem Betrieb. (709

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (702
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Die Zentrale vom Roten Kreuz erlaubt sich die höfliche Bitte, die für „Rotes Kreuz, Kriegsspende" gütigst bewilligten Beiträge für den laufenden Monat bis zum 15. Mai an der von den Gebern bestimmten Bank einzahlen zu wollen. 710

Montag abend starb nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber unvergeßlicher Mann, meiner Kinder liebevoller Vater (708

Friedrich Evers

im 67. Lebensjahre. Er folgte seinen beiden Söhnen, die dem grausamen Kriege zum Opfer fielen. Tief betrauert von mir, seinen drei Söhnen, die im Felde stehen, Schwiegertöchtern, Enkeln und allen, die ihm nahe standen.

In namenlosem Schmerz die tiefgebeugte Gattin
Jenny Evers
geb. **Knickrehm.**

Stockelsdorf
den 9. Mai 1917.

Die Einäscherung findet am Montag, dem 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Lübecker Krematorium statt.

Strickarbeit.

Frauen, die gestrickt sind im Stricken, können sich melden

Gewerkl. Arbeitsnachweis
Abteilung für Frauen und Mädchen (712
Neugraben 28.

Bilderleisten einrahmungen 704
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 57. Fernruf 2808.

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges. :: Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München ⊙ ⊙ Zeitschrift für Humor und Kunst ⊙ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ⊙

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (706

Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Hansa-Theater.
Nur noch bis Sonnabend täglich 8 Uhr.
Sonnabend und Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Ostpreussen
und sein
Hindenburg.

Einheitspreise:
1.50 M. 1.00 M. 50 ₰
Nachm. 30, 50, 75 ₰ 1.00 M.

Sonntag 8 Uhr: Gastspiel
Hans Wernert (705
Es zogen drei Burschen.

Nr. 109
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 10. Mai 1917

Deutscher Reichstag.

104. Sitzung.
Mittwoch, den 9. Mai, nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Capelle.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die

zweite Beratung des Marineetats.

Staatssekretär v. Capelle: Voller Begeisterung sind die U-Boote an die große Aufgabe herangegangen, Schulter an Schulter mit unserer siegreichen Armee einzugreifen in die Entscheidung, um den Schlußakt dieses gewaltigen Völkerringens herbeizuführen. Die U-Boote werden bis zum Ende durchhalten. (Bravo!) Es ist alles vorhanden, was dazu erforderlich ist: U-Boote, geschultes Personal, Torpedos, Minen, Brennstoff und was sonst dazu gehört. Im ganzen deutschen Vaterlande regen sich tausende und abertausende von Händen, immer neue U-Boote und neues Material zu schaffen. (Bravo!) Nicht nur quantitativ wird die Zahl der U-Boote dauernd zunehmen, sondern auch qualitativ werden immer bessere Typen von immer größerer Leistungsfähigkeit fertig. In der Marine aber drängen sich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zum Dienst auf den U-Booten. (Bravo!) Natürlich treten auch Verluste ein. Die Abwehrmittel der Gegner nehmen quantitativ und qualitativ zu. Aber ein Radikalabwehrmittel gegen die U-Boote gibt es nicht. In England ist man jetzt so weit, daß man sagt, wir müssen die Stützpunkte der U-Boote ausräuchern, das ist das einzige Mittel, an sie heranzukommen. Mögen sie nur kommen, (Bravo!) mögen sie nur den Versuch wagen, sie werden auf Granit beißen. (Bravo!) Im englischen Parlament wird ja viel geredet, aber entscheidend ist die Tatsache der dauernden Zunahme der Monatserfolge in einer Weise, wie wir sie selbst anfänglich kaum erwartet haben. Die Angaben der feindlichen Presse über die Zahl der verlorenen U-Boote sind falsch. (Hört, hört!) Unsere Verluste sind gering, viel geringer als wir selber erwartet haben. (Bravo!) Dabei werden die Verhältnisse bezüglich des Wetters im Sommer immer besser. Alle neuen Besatzungen sind von dem Bewußtsein gehoben, daß es jetzt ums Ganze geht. (Bravo!) Drei Monate Kriegserfahrung sind mehr wert als drei Jahre Friedenserfahrung. Wir hatten erwartet, daß wir im Durchschnitt eine Monatsbeute von etwa 600 000 Tonnen haben würden, das wären in drei Monaten 1,8 Millionen. In Wirklichkeit beträgt das Ergebnis 2,8 Millionen Tonnen. (Lebhafter Beifall.) Das sind 55 Prozent mehr, als wir unseren Entschließungen zugrunde gelegt hatten, rund eine Million Tonnen, rund 500 Schiffe. Wie lange es so weiter gehen wird, ist Sache unserer Gegner. Die U-Boote sorgen dafür, daß wir es aushalten. Die Stimmen aus England klingen heute schon ganz anders, als vor drei Monaten, sie sind viel bescheidener geworden. (Sehr richtig!) Heute sieht man auch in England ein, daß der U-Boot-Krieg kein Schlag ins Wasser ist, wie behauptet wurde, sondern ein wuchtiger Schlag ins Lebenszentrum unseres erbittertsten Feindes. (Sehr wahr!) Die ganze Marine hat den eisernen Willen zum Siege. (Bravo!) Wir haben das felsenfeste Vertrauen, daß wir die Aufgabe, die uns gestellt worden ist, auch lösen werden. (Bravo!) Vom Flottenchef bis zum letzten Heizer sind wir alle durchdrungen davon: Wir halten durch, lassen nicht locker, bis wir es geschafft haben! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Brandes (Soz.): Ich will sprechen über die Verhältnisse derer, die die Flotte bauen, über die Lebensfragen der Arbeiter auf den Reichswerften. Die teilweise Arbeitseinstellung auf den Werften konnte der Marineverwaltung nicht überraschend kommen. Ich habe ihr bereits früher Kenntnis gegeben von der Stimmung, die in breiten Schichten dieser Arbeiter vorhanden war und auf die Folgen hingewiesen, die eintreten könnten, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde. Die von der Arbeiterschaft mit Recht verlangten Verbesserungen sind entweder gar nicht, oder doch nicht so ausreichend vorgenommen worden, wie es dringend notwendig gewesen wäre. So hat sich eine immer größer werdende Verstimmung in der Arbeiterschaft gebildet, die durch die Ernährungsschwierigkeiten und die seelische Depression, die der Krieg überhaupt mit sich bringt, noch verstärkt wurde, zumal es sich hier um eine Arbeiterschaft handelte, von der schon seit Beginn des Krieges die allerhöchsten Leistungen verlangt worden sind. Es handelt sich vor allem um die Lohnfrage. Die Entlohnung von vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten ist noch heute durchaus unzureichend. Geh. Admiralitätsrat Harms behauptete in der Kommission, die Steigerung des Verdienstes der Arbeiter betrage 75 Prozent. In Wirklichkeit machen aber alle Zulagen zusammen nur etwa 19 Pfg. pro Stunde aus. Die ganze Arbeiterschaft nimmt an, daß die Schuld an den unzureichenden Lohnverhältnissen in den noch ungünstiger liegenden Lohnverhältnissen auf den Privatwerften liege, auf die das Reichsmarineamt Rücksicht nimmt. Die Militärverwaltung ist in der Lohnfrage weit großzügiger gewesen. Die Arbeiterausschüsse haben eine Neuregelung der Lohnfrage vorgeschlagen und zwar im Anschluß an die Regelung, wie sie in den der Feldzeugmeisterei angeschlossenen Betrieben besteht. Eine Neuordnung ist notwendig, auch schon im Hinblick auf das Akkordwesen, das eine Quelle dauernder Verbitterung bei den Arbeitern ist. Auch die Aenderung des Bordtarifes darf nicht bis zum Frieden hinausgeschoben werden. Große Mißstimmung erregt ferner die Erledigung der Abkömmlichkeitserklärungen durch die Werkmeister und andere untere Vorgesetzte, die sich durch Gunst und Mißgunst leiten lassen. Nach Danzig sind militärisch leistungsfähige Leute zurückgeholt worden, die im Betriebe weniger gut zu brauchen sind. Während man militärisch weniger leistungsfähige Maschinenbauer, die beim U-Boot-Bau sehr gut zu verwenden waren, eingezogen hat. Die Leute empfinden solche Einziehung als Maßregelung. Für die Abkömmlichkeitserklärungen müßte eine unparteiische Instanz geschaffen werden unter Ausschaltung der unteren Vorgesetzten und unter Mitwirkung des Arbeiterausschußmitgliedes. Jetzt werden Arbeiter, die sich an den Schlichtungsausschuß wenden, sofort eingezogen. Ein Werftarbeiter, der im Frieden Gewerkschaftsbeamter war, wurde eingezogen, und der Divisionskommandeur sagte ihm: Sie sind einer von der Gesellschaft, die auf der Werft Krach machen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch zahlreiche Mitglieder der Arbeiterausschüsse sind eingezogen worden. Ueberhaupt werden die Arbeiterausschüsse von den Vorgesetzten bis zu recht hohen Stellen hinauf vielfach als Feind betrachtet. Das kann die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder nicht erhöhen. Ueber sehr harte Bestrafungen haben auch die Arbeiter in Ostende zu klagen, die dort behandelt werden, als ob sie dem Militärgesetz unterstehen. — Besser gesorgt werden muß auch für die Ernährung; es müssen auch diejenigen Arbeiter Zusatzbrotkarten bekommen, die nicht Ueberstunden machen. Für die Offiziere, Deckoffiziere und Unteroffiziere ist in der Ernährung sehr gut gesorgt; umsomehr muß es auch bei den Arbeitern der Fall sein. — Auch bei den Baudivisionen haben die Arbeiter über die Lohnverhältnisse zu klagen. Hier gibt es übrigens merkwürdigerweise soviel Vorgesetzte, daß sie vor Langeweile nicht wissen, was sie tun sollen, während an anderen Stellen die Kräfte fehlen. Mit einem Zehntel der Vorgesetzten könnte man hier auskommen. Ist es ferner nötig, daß lebens- und gesundheitsgefährdende Arbeiten ohne entsprechende Sicherheitsvorrichtungen gemacht werden. Selbst da, wo besondere Verfügungen über die Anbringung solcher Sicherheitsvorrichtungen erlassen sind, wie z. B. vom Hamburger Senat, werden sie nicht beachtet. — Die Arbeitseinstellungen sind keineswegs von außen, auch nicht etwa vom Auslande, in die Werften hineingetragen worden, sondern durch die Mißstimmung entstanden, weil die Arbeiter noch immer nicht als gleichberechtigt in den Betrieben behandelt werden. Hoffentlich tragen meine Ausführungen dazu bei, daß den Arbeitern endlich die Stellung eingeräumt wird, die sie gerade auch im Hinblick auf ihre Leistungen im Kriege verdienen. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle: Auch auf unseren Werften sind Arbeiterunruhen vorgekommen, doch sind die Arbeiter nach sehr kurzer Zeit zur Arbeit zurückgekehrt und durchaus zugänglich gewesen den Zureden der Oberwerftdirektoren, die ihnen vorgestellt haben, daß die Ernährungsverhältnisse dadurch nicht besser werden und daß es ihre patriotische Pflicht ist, durchzuhalten. — Die vom Vorredner vorgebrachten Einzelfälle von Einziehungen als Maßregelungen kann ich nicht nachprüfen, ich nehme aber keinen Anstand, zu erklären, daß wenn es vorgekommen sein sollte, ich es auf das Aeußerste mißbillige. Bevor das Hindenburgprogramm ausgegeben wurde, sind aber auf stärksten Druck der obersten Heeresleitung eine große Zahl von Arbeitern von den Werften eingezogen worden, die ausgetauscht werden mußten gegen Frauen und Kriegsgefangene. Solche Leute haben vielleicht geglaubt, sie seien gemaßregelt. — In betreff der Arbeiter in Ostende kann doch kein Zweifel bestehen, daß sie dem Militärstrafgesetzbuch unterstehen. Uebrigens habe ich auch da zugesagt, daß eine Doppelbestrafung, Lohnkürzung neben der Bestrafung nicht eintreten soll. — Denjenigen Arbeitern, die Ueberstunden nicht leisten können, können wir auch nicht die Ernährungszulagen für Ueberstunden gewähren. Der Vorredner hat ferner die gute Ernährung der Offiziere, Deckoffiziere und Unteroffiziere bemängelt. An Bord haben sie sowie die Mannschaften dieselbe Verpflegung wie vor dem Feinde, an Land haben sie auch keine andere Verpflegung, als die Armeeoffiziere etwa in Berlin. Uebrigens habe ich in der Kommission ausgeführt, daß vom 16. April ab eine Herabsetzung der Brotration vorgenommen werden mußte, und daß die Offiziere und Beamten freiwillig erklärten, sie verzichteten auf jede Besserstellung. — Die Bau-Divisionen sind für mich vom Beginn des Krieges an ein Schmerzenskind gewesen. Nach dem Mobilmachungsplan werden sie aus technisch vorgebildeten Soldaten gebildet. Die Schwierigkeiten entstehen nun dadurch, daß die Soldaten mit Zivilarbeitern zusammenarbeiten, also in der persönlichen Freiheit beschränkter sind und weniger Lohn bekommen. Wo es angängig war, habe ich die Bau-Divisionen aufgelöst und die Leute als freie Arbeiter verwendet. Aber es ist nicht überall möglich gewesen, z. B. nicht in Wilhelmshaven.

Geh. Admiralitätsrat Harms: Meine im Ausschuß angeführten Zahlen über die Zulagen und Aufbesserungen der Arbeiter, die Herr Brandes angezweifelt hat, halte ich aufrecht; Herr Brandes kann sich durch Einsicht in die Statistiken von der Richtigkeit meiner Zahlen überzeugen. — Vorarbeiten zur Neuregelung der Lohntarife sind im Gange; doch ist die gegenwärtige Zeit nicht geeignet, diese Materie auf ganz neue Grundlagen zu stellen.

Abg. Weinhausen (Vp.): Dem Dank an die Offiziere und Mannschaften unserer Marine, insbesondere der U-Boote schließen wir uns an. Bei keiner anderen Waffe ist so viel stilles Heldentum anzutreffen, wie bei der Marine. Militärisch und moralisch ist unsere Marine turmhoch erhaben über die englische. Der beste Dank wird die Abstellung aller Klagen sein, die aus der Marine zu uns dringen. Das Beschwerderecht wird auch hier als unwirksam und gefährlich bezeichnet. Leider gibt es auch Klagen über einzelne Offiziere, die ihre Mannschaften nicht richtig zu behandeln wissen. Die altgedienten Obermaate empfinden es schwer, daß sie nicht mehr befördert werden. Gegen die Jacke, die man ihnen als Auszeichnung nach 15jähriger Dienstzeit gibt, protestieren sie und wollen lieber befördert werden. Eine Fülle von Eingaben sind uns von den Beamten und Unterbeamten zugegangen. Ihre Position ist zurzeit schwieriger als die der Arbeiter. Unbegreiflich ist die schlechte Besoldung der Magazinaufseher, denen so große Werte anvertraut sind. Aus den Kreisen der Werftarbeiter sind auch mir viele Klagen zugegangen.

Staatssekretär v. Capelle: Bezüglich des Beschwerderechts muß die Marine konform mit der Armee gehen. Unsere Offiziere sind bestrebt, in der Behandlung der Mannschaften möglichst gerecht zu verfahren. Man muß aber mit einer gewissen Kriegsnervosität rechnen

Abg. Rehbel (Kons.): Die großen und stolzen Worte des Staatssekretärs wissen wir voll zu würdigen. Wir begrüßen sie mit besonderer Genugtuung, denn wir haben schon vor Jahr und Tag den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gefordert. (Sehr richtig! rechts.) Die Wirkungen für die Neutralen bedauern wir, hoffen aber trotzdem, daß die Regierung die Seesperre an keiner Stelle aus irgend welchen Gründen lockern wird. Dankbar gedenken wir angesichts der Erfolge unserer Marine, die uns den Sieg und den Frieden bringen werden, auch des früheren Staatssekretärs v. Tirpitz. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paasche (Natl.): Auch wir sprechen der Marineverwaltung, sowohl dem früheren Staatssekretär v. Tirpitz, wie dem jetzigen Staatssekretär einmütig Dank aus dafür, daß sie es verstanden hat, die Flotte zu einem Instrument auszubauen, bei dem vielleicht heute mehr die Entscheidung liegt, als bei unserem Landheer und seinen heldenmütigen Taten. (Bravo!) Das traurigste Bild in der Weltgeschichte bietet die angeblich weltbeherrschende englische Flotte. (Sehr wahr!) Die Herrschaft Englands auf dem Weltmeer ist für alle Zeiten erschüttert.

Abg. Warmuth (Dt. Fr.) schließt sich dem Danke an die Flotte an. Die Kraft unserer U-Boote erkennen jetzt auch die Engländer. Eine große englische Zeitung kennzeichnet die Lage mit den Worten: „Deutschland sitzt uns an der Kehle". Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem England sich genötigt sieht, um Frieden zu bitten. Freilich dürfen wir mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg nicht einen Augenblick aufhören. Trotz ihrer Leiden kommt das schließlich auch den Neutralen zugute, die endlich von der Tyrannei Englands befreit werden.

Abg. Vogtherr (Soz. Arb.): Auch die Auflösung der Bau-Divisionen, auf die der Staatssekretär hingewiesen hat, ist nicht geeignet, den Klagen der Arbeiter abzuhelfen. Ihre Lohnerhöhungen entsprechen in keiner Weise den Steigerungen der Lebensmittelpreise. Bei der Heeresverwaltung wird die Einberufung zur-

---

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

9. Fortsetzung.

Die alte Frau sprach von ihrem „Sohne" mit größter Verehrung, während sie den anderen Sohn noch immer nicht als ganz reif zu betrachten schien. Sie war von „ihrem Sohne" daran gewöhnt worden, ein gewisses Mißtrauen in ihn zu setzen und an seinen Leichtsinn so fest zu glauben, wie an das heilige Evangelium. Auch in neuester Zeit mußte der Prediger Aeußerungen getan haben, die seinem Bruder nicht besonders günstig waren. Zwar nicht was dessen Ehe betraf, denn er hatte Gründe, diese zu schonen, allein es gab andere Gegenstände, die ihm Anlaß genug boten.

Nach mancherlei Abhandlungen über Mägde und Bratöfen, wirtschaftliche Preiskurante und Rezepte für Mandeltorten kam das Gespräch auch auf Eduards Unternehmungen und Bauten. Der junge Fabrikant erzählte mancherlei darüber und daß er in einigen Wochen schon die neuen Materialien erwarte, die weit vorzüglichere Arbeiten liefern sollten, endlich auch seinen Freund, den Techniker und Doktor Bärwald, der ihm seinen Beistand zugesagt.

Der alten Frau schien das alles nicht besonders zu gefallen. Ihr strenges Gesicht zeigte keine vermehrte Teilnahme, und endlich schüttelte sie den Kopf mit der hohen Haube und sagte zu ihrer Schwiegertochter: Sonst fragten die Männer ihre Frauen, wenn sie etwas Wichtiges vorhatten und berieten sich mit denen, was geschehen sollte. Mein Seliger tat nichts, was ich nicht wußte. Das ist aber jetzt abgekommen. „Mein Sohn" sagt, jeder will zu hoch hinaus, davon kommt das Verderben.

Aber Mutter, erwiderte Eduard, von solchen Sachen verstehen Frauen nichts, namentlich jetzt, wo die Gewerbe keine Handwerke mehr sind, sondern wissenschaftlich betrieben werden.

Ohne alle neumodische Wissenschaft hat dein Vater seine Geschäfte betrieben und das Seinige erworben, sagte sie, ein wenig heftiger mit der hohen Haube wackelnd, und ich habe mein Einsehen auch gehabt. Die Maschinen machen die Welt unglücklich, sagt mein Sohn. Es ist ein Ringen und Jagen unter die Menschen gekommen. Jeder hält sich für klüger, und alles ist doch eitel Lug und Trug. Auf Gott vertraut keiner mehr.

Es blieb nichts übrig, als, so gut es anging, freundlich zuzustimmen und nachgiebig zu scheinen; aber die alte Frau hob doch noch mehrmals bedenklich ihren Kopf auf, nickte ihrer Schwiegerin und sagte wohlgefällig: Kurz müssen solche leichtsinnige Männer gehalten werden, das tut ihnen gut. Mein Seliger hatte auch wohl manchmal Lust, leichtsinnig zu sein, aber dafür war eine da, die ihn auf den richtigen Weg brachte. Manchmal freilich ist es umgekehrt, da muß die Frau in Ordnung gebracht werden, wenn sie ihre Wirtschaft nicht versteht. Aber das kommt davon, wenn sie es zu Haus nicht gelernt haben; dann, sagt mein Sohn, muß leider der Mann erziehen und nachholen, was verabsäumt wurde.

Die beiden Frauen wechselten einige Blicke des Einverständnisses, und Eduard wußte recht gut, wer gemeint sei. Seine stille, blasse Schwägerin, die Frau des Pastors, hatte nie besondere Gnade vor den Augen ihrer Schwiegermutter gefunden, die sie von Anfang an als ein verzogenes und verwöhntes Püppchen betrachtete, gut genug, um auf dem Stuhle zu sitzen, aber am wenigsten gut genug für einen Mann von solcher Art. Eduard erinnerte sich in diesem Augenblick mit lebhafter Teilnahme, wie fröhlich und regsam die kleine Schwägerin anfangs gewesen sei, bis sie still und schüchtern wurde, und ihre frischen Wangen verblaßten. Er erinnerte sich auch, wie oft er sie heimlich bedauert und sogar mehrmals offen für sie Partei genommen, aber nur, um ihr und sich zu schaden. Jetzt war keine Zeit, sich damit zu beschäftigen, wo er an sich selbst genug zu denken hatte. Seine eigene hübsche Frau hatte auch ohne die Beistimmung seiner Mutter sicherlich Lust genug, die Rolle seines Bruders zu übernehmen und ihm ihre Erziehung angedeihen zu lassen. Als seine Mutter ihr die Lehre erteilte, daß leichtsinnige Männer kurz gehalten werden müßten, bemerkte er wohl, wie Anna ihn anblickte, und ihr Lächeln ihm zu sagen schien: Hörst du wohl, guter Freund, was dir bevorsteht! Er lachte ebenfalls und küßte ihr die Hand, als wolle er um Gnade bitten, aber im stillen sagte er sich dabei: Es soll dir schwer genug werden. Du bist herrschsüchtig und herzlos, in dieser Beziehung paßtest du zu meinem Bruder; aber meinst du, deinen Fuß auf meinen Nacken setzen zu können, so werde ich dir zeigen, wer Herr ist. Ehe das geschehen soll, eher mag alles reißen und brechen, was uns bindet und hält.

Mit diesem Entschlusse stand er endlich vom Tische seiner Mutter auf, als die Uhr zehn schlug, denn die alte Frau hielt pünktlich ihre Stunde. Er hatte sich entsetzlich gelangweilt, aber was Onkel Tobias Menschenkenntnis und Klugheit nannte, machte gute Fortschritte bei ihm; er heuchelte eine Gleichgültigkeit und Nachgiebigkeit, die er nicht besaß.

5. Kapitel.

Am folgenden Abend ging er mit Anna zu seinem Bruder, wo er seine Verwandten und die Frau Bürgermeisterin traf. Der Prediger hatte eine Dienstwohnung im Predigerhause, der Kirche gegenüber, die nach alter Sitte von dem ehemaligen Kirchhofe umgeben war. In neuerer Zeit war aus dem Kirchhofe ein Kirchplatz mit Gartenanlage geworden, aber aus den Gras- und Blumenstöcken ragten noch manche Denksteine hervor, und unter den alten Bäumen befanden sich mehrere eingegitterte Gehege, in welchen Familiengräber noch gepflegt wurden. Auch die hohe, gothische Kirche war in ihren Pfeilern und Winkeln mit mancher Grabschrift auf verwitterter Gedächtnistafel versehen, und obwohl lebendige Straßen nach allen Seiten hin den Kirchplatz umgaben, lag dieser selbst doch in feierlicher Schweigsamkeit, den bröckelnden Mauern des alten Domes, den verwitternden Urnen und Platten an den grauen stillen Häusern entsprechend, die auf ihn niederschauten.

Der Prediger kam seinem Bruder freundlich entgegen, als dieser mit seiner Frau bei ihm eintrat. Das Würdige und Gemessene in seinem Wesen schien von einer wärmeren Empfindung zurückgedrängt, auch war der Ton seiner Sprache ein natürlicherer, als es häufig der Fall war. Es machte ihm Freude, seinen Bruder bei sich zu sehen, wenigstens wollte er dies kundgeben, um verschiedenen Personen zu beweisen, wie weit er davon entfernt sei, seinen Bruder nicht zu lieben und zu achten. Er umarmte ihn daher und schüttelte ihm mit vieler Herzlichkeit die Hände, wobei die Frau Bürgermeisterin auf dem Sofa entzückt die Augen verdrehte und der alten Frau neben ihr etwas ins Ohr flüsterte, was diese mit einem gravitätischen Nicken der hohen Haube beantwortete.

Sei mir von ganzem Herzen mit deiner Herzliebsten willkommen, Eduard, sagte der Prediger. Ihr habt uns noch keinen Abend geschenkt, um so mehr freuen wir uns, daß ihr endlich heut an uns gedacht habt.

Eduard versuchte eine Entschuldigung, aber sein Bruder ließ ihn diese nicht beenden. Warum willst du dich entschuldigen, fiel er ein, ich bin zufrieden, daß das Weltkind endlich an den Propheten denkt, und glaube dir gern, daß eure ersten Wochen viele Zerstreuungen und allerlei Zwang mit sich brachten. Das wird nun vorüber sein, und du wirst öfter derer gedenken, die nach Gottes Willen dir die Nächsten sein sollen, wenn sie auch, was leibliche Genüsse und des Fleisches Herrlichkeit betrifft, wenig Lockendes zu bieten haben.

Er blickte dabei lächelnd auf die schmucklosen, düsteren Wände und auf die einfachen Geräte. Eine gewöhnliche Schiebelampe und ein paar dünne Lichter auf schwarzen Leuchtern waren nicht imstande das große Zimmer glänzend zu erhellen, und hierauf Bezugnehmend, setzte der Pfarrer hinzu: Bei alledem und trotz ihrer großen Kronleuchter und strahlenden Kerzen wandeln ja doch die Meisten in Finsternis. Wir halten es mit denen, von welchen der Apostel sagt: Erschrecket nicht vor der Dunkelheit, in euch wird das Licht sein.

Er ist lauter Gemüt, sagte die Frau Bürgermeisterin gerührt der alten Frau ins Ohr, welche würdevoll weiter strickte und nur die hohe Haube beistimmend bewegte.

Wir besitzen allerdings noch ein paar große Lampen von unserer Hochzeit her, fuhr der Prediger fort, welche uns damals verehrt wurden, als etwas Neues und Prächtiges, jetzt würde sie Eduard schwerlich dafür anerkennen und bei seinen Gesellschaften benutzen wollen, uns aber verbrennen sie zuviel Oel, das jetzt sehr teuer ist. Es ist traurig, was die jetzige Teuerung für Not hervorruft, wie viele arme Familien um Hilfe bitten. Also schränken wir uns jetzt ein wenig ein und bitten unsere lieben Gäste um Nachsicht.

Diese Himmlische Güte! flüsterte die Frau Bürgermeisterin der alten Frau ins Ohr, welche die hohe Haube eine ganze Zeit lang wackeln ließ und ihren Sohn zärtlich ansah.

Eduard versicherte, daß er vortreffliche Augen habe, und nachdem er einige scherzende Worte hinzugefügt hatte, daß er hoffe, ein wenig mehr oder weniger Licht werde ihre brüderliche Freundschaft nicht ändern, erkundigte er sich nach seiner Schwägerin, die an dem Tische fehlte.

(Fortsetzung folgt.)

Front sehr vielfach als Maßregelung, als Strafe angeordnet; es ist anerkennenswert, daß der Staatssekretär für die Werften solche Maximen verwirft. Er sollte aber auch dafür sorgen, daß es auf den Privatwerften nicht mehr geschieht. Die streikenden Arbeiter sind zur Freude des Staatssekretärs sehr bald ins Arbeitsverhältnis zurückgekehrt. Damit sind aber nicht die Ursachen beseitigt worden, die zum Streik geführt haben. Das ist der Mangel an Lebensmitteln, ferner bedeutet der Streik einen Protest gegen die Handhabung des Arbeitszwangsgesetzes und gegen den Belagerungszustand überhaupt, und vor allem kam in dem Streik zum Ausdruck das große Verlangen nach endlichem Frieden. (Lebhafte Zustimm. b. d. Soz. Arb.) Möge der Staatssekretär sich dafür einsetzen, daß die Voraussetzungen, die zum Streik geführt haben, beseitigt werden. (Beifall b. d. Soz. Arb.)

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) wünscht eine weitergehende Berücksichtigung Süddeutschlands an den Marinelieferungen. Auch mit den Organisationen der Handwerker sollte die Marineverwaltung hierbei zusammenarbeiten.

Abg. Giebel (Soz.): Gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg sprachen nicht nur technische Fragen, wie in der Kommission gesagt wurde, sondern vor allem politische Rücksichten, die heute noch ganz ebenso bestehen. — Der Erlaß, wonach mit den Organisationsvertretern die Werftleitungen grundsätzlich nicht verhandeln ist zu unserer Genugtuung aufgehoben worden. Aber auch die Zentrale selbst, das Reichsmarineamt, sollte mit Organisationsvertretern zu verhandeln bereit sein. Die Stellung der Arbeiterausschüsse entspricht nicht dem Gesetze für das Hilfsdienstgesetz; es ist nicht zu billigen, daß sie durch einen Willkürakt einer behördlichen Stelle aufgelöst werden können. Weiter sollte man auch Angestelltenausschüsse auf den Werften bilden. — Ist es richtig, daß von den technischen Beamten nur die akademisch Gebildeten zu leitenden Stellen berufen werden? Wäre das der Fall, so müßte das mit Recht bei den anderen technischen Beamten Bitternis hervorrufen. — Die Gehälter der Angestellten sowohl der Bureauangestellten wie der technischen, sind bei den gegenwärtigen Verhältnissen absolut unzureichend. Den Klagen darf nicht erst im Frieden abgeholfen werden, vor allem muß für die Mehrarbeit ein Entgelt gegeben werden, die namentlich auch die technischen Angestellten zu leisten haben. Kann man Leute, die schon 18—20 Jahre in nicht etatmäßigen Stellen beschäftigt sind, aus Mangel an etatmäßigen Stellen in solche nicht einrücken lassen, so sollte man einen Ausgleichsfonds schaffen, um diesen Angestellten vielleicht einen erhöhten Wohnungszuschuß zu gewähren. — Von der einmaligen Kriegsteuerungszulage hat man merkwürdigerweise Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder ausgeschlossen. Bei der Neugestaltung der Verhältnisse bitte ich dringend, auch diese Angestellten zu berücksichtigen. Die technischen Angestellten sollte man mindestens so stellen, wie die entsprechenden Beamtenklassen. Den geringbesoldeten Angestellten und unteren Beamten sollten weitere Teuerungszulagen gewährt werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Geh. Admiralitätsrat Harms: (Auf der Tribüne fast unverständlich) betont, daß bei den Teuerungszulagen die Marineverwaltung von der Reichsfinanzverwaltung abhängt.

Abg. Werner-Hersfeld (Dt. Fr.) tritt für Besserstellung einzelner Beamtenkategorien der Marineverwaltung ein.

Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der

Kolonialetat.

Abg. Dr. Arendt (Dt. Fr.) begrüßt, daß in der Kommission Einstimmigkeit darin geherrscht habe, daß man beim Friedensschluß nicht auf die Kolonien verzichten wolle. Mit Stolz erfüllt uns, wie tapfer die kleine und schwache Schar unserer Kolonialtruppe sich gehalten hat. (Bravo!)

Abg. Noske (Soz.): Die Schutztruppe hätte nicht so lange halten können, wenn nicht die Farbigen in treuer Hingebung den deutschen Führern gefolgt wären. Die Besserung in dem Verhältnis zwischen Eingeborenen und Deutschen ist infolge der größtenteils auf unser Drängen in den letzten Jahren befolgten Politik mit der Zeit besser geworden. Die Früchte davon haben sich in diesem Kriege gezeigt. Die barbarische Behandlung der deutschen Gefangenen durch die Engländer in Kamerun hat die Kolonialverwaltung mit Recht gebrandmarkt. Hoffentlich wird es möglich sein, daß Deutschland auch in seinen Kolonien wieder das Zerstörte aufrichten. Wir sind immer für die Unversehrtheit des deutschen Gebietes eingetreten. Dazu gehört selbstverständlich auch die Erhaltung unserer Kolonien. Wenn wir einen Frieden ohne Annexionen fordern, so gilt das selbstverständlich auch für England. (Sehr richtig!) Frieden ohne Vergewaltigung irgend einer Nation bedeutet, daß auch Deutschland seine Kolonien zurückerhält. Grenzverschiebungen, Freigabe von einzelnen Teilen der jetzigen Kolonialgebiete würde natürlich Kompensationen bedingen. Ich hoffe, daß es Deutschland nach dem Kriege gelingen wird, gründlicher als vorher segensreiche Kulturarbeit in den Kolonien zu leisten. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.) tritt dafür ein, daß eine Entschädigung der Kolonialdeutschen durchgeführt wird und schon jetzt in Angriff genommen werde, natürlich auf Rechnung derer, die den Schaden verursacht haben. Mit der Frage einer Kriegsentschädigung im rechtlichen Sinne hat das nichts zu tun. Es müssen überhaupt alle Deutschen, die vom Auslande Schaden erlitten haben, entschädigt werden. Natürlich muß zunächst eine Definition des Begriffs „Kriegsschaden" gefunden werden. Die Wiedererwerbung der Kolonien ist eine große Selbstverständlichkeit. Das Gegenteil bedeutete ja Verzicht auf Weltgeltung. Ein großer Kolonialbesitz Deutschlands ist die beste Garantie für einen dauernden Frieden. Wir erwarten auch in Bezug auf die Kolonien einen starken und einen deutschen Frieden. (Bravo!)

Abg. v. Böhlendorf-Kölpin (Kons.) spricht sich dem Dank an die Kolonialtruppen an.

Abg. Waldstein (Vp.) [illegible] auf Entschädigung der Auslandsdeutschen [illegible] der Ausführungen des Abg. Noske.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Zentr.) [illegible] es Sache der Verwaltung.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Die Auffassung, daß nicht in Afrika, sondern im Westen über unsere Kolonien entschieden wird, hat schon Bismarck ausgesprochen. Ob diese Auffassung berechtigt ist, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls haben die deutschen Arbeiter der Kolonialpolitik ablehnend gegenüber und der Krieg hat uns dazu nur noch bestärkt, — ja der Krieg daß überhaupt aus kolonialen Streitigkeiten entstanden. Für Deutschland ist es keine wirtschaftliche Notwendigkeit, Kolonien zu besitzen, und die Arbeiter haben sicherlich nicht das mindeste Interesse an einer Kolonialpolitik, die ja immer der Ausdruck des kapitalistischen Systems nur eine kapitalistische sein kann. So ist denn auch unsere Kolonialpolitik nicht durch irgend welche idealen Interessen veranlaßt, sondern durch die rein kapitalistischen Interessen. Diese Politik hat denn auch den Segen keine Kultur bringen können, sie hat vielmehr die Sklaverei der Neger gezeitigt. (Sachsen.) Wir werden die deutschen Arbeiter weiterhin aufklären über das Wesen der Kolonialpolitik. (Bravo! b. d. Soz. Arb.)

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf: Die Erfahrungen mit den Leistungen unserer Schutztruppe berechtigen mich zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Ich danke den Rednern für ihre Anerkennung unserer Leistungen. — Die gefährdeten Kolonialdeutschen wird die Regierung nicht im Stiche lassen. — Mit dem Abg. Henke vermag ich mich nicht auseinanderzusetzen. Ich habe vorausgesagt, daß die Zeit kommen werde, in der die Sozialdemokratie unsere Kolonialpolitik mitmachen würde, und die heutige Rede des Abg. Noske beweist, daß meine Voraussage richtig war. Sein Lob für unsere Eingeborenenpolitik erfreut mich ganz besonders.

Abg. Henke (Soz. Arb.): Der Staatssekretär kann sich mit mir nicht verständigen, denn er hat kapitalistische Interessen wahrzunehmen, ich wahre Arbeiterinteressen.

Der Etat wird bewilligt und debattelos der Etat für das Schutzgebiet Kiautschou, der Etat der Reichsschuld und der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, sowie das Eisenbahnbudget.

Damit ist der Etat in zweiter Lesung erledigt, und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Deutsch-türkische Rechtsverträge, Ernährungsfragen.)

Schluß 8¼ Uhr.

Debatte-Schluß über die Berliner Munitions-Arbeiter-Streiks.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Mit dem Debatte-Schluß, der — ein im Reichstag selten angewandtes Mittel — am Montag abend die Generaldebatte über den Heeresetat beendete, hat auch die parlamentarische Erörterung über die so viel besprochenen Berliner Streiks im April einstweilen ihren Abschluß gefunden. Man kann nicht sagen, daß die Debatte auch zu einer Uebereinstimmung geführt hätte. Die Sozialdemokraten haben die Streiks selbst bedauert, die Unabhängigen nicht; beide Richtungen waren aber dahin einig, sie auf die Erbitterung über den Lebensmittelwucher und den politischen Stillstand zurückzuführen. Beide Richtungen haben sowohl den Ton des Grönerschen Erlasses als noch mehr die Tatsache der Ausschreibung der beiden Dreitausend-Mark-Prämien für Anzeiger verurteilt. Die Rechte hat versucht, aus den Streiks Kapital gegen die „schwache" Regierung Bethmann-Hollwegs zu schlagen, und die Regierung selbst, vertreten durch General Gröner und Dr. Helfferich, hat an ihrer ursprünglichen Auffassung festgehalten.

Die Streiks erscheinen aber doch heute in einem anderen Lichte, als vor drei Wochen, nachdem auch am 1. Mai, trotzdem die Versuchung nahe lag, sie nicht wiederholt worden sind. Die schweren Mängel im Ernährungswesen hat General Gröner selbst mit den drastischen Worten zugegeben, der Lebensmittelwucher werde wohl nicht zurückgehen, ehe nicht einige dieser Schandbuben auf dem Potsdamer Platz in Berlin aufgehängt würden. Nach alledem ist gar kein Zweifel mehr möglich, daß die große Masse der Streikenden aus den Tagen vom 16. und 17. April gar nicht daran gedacht hat, das eigene Land wehrlos machen zu wollen. Sie haben einmal eine kräftige Demonstration ihres Willens gebilligt und mitgemacht, aber es hat ihnen nichts ferner gelegen, als eine Niederlage Deutschlands herbeiführen zu wollen. Nachdem die Streikenden schon am zweiten Tage Herr ihrer Erregung geworden waren, hätte deshalb die Regierung im nationalen Interesse ihnen gerecht werden und etwa so sprechen sollen:

M. H.! die Regierung hat sich überzeugt, daß sie wie die ganze Oeffentlichkeit und die Beteiligten selbst die Streiks zunächst überschätzt und im Schrecken und in der Bestürzung über solche bedauerlichen Erscheinungen Erlasse herausgegeben und Maßnahmen gutgeheißen hat, die glücklicherweise nicht nötig waren. In der festen Ueberzeugung, daß auch die radikalsten deutschen Arbeiter einsichtig genug sind, in dieser Stunde schwerster Angriffe im Westen unser Land nicht wehrlos machen zu wollen, unter Hinweis auf die stete Friedensbereitschaft der deutschen Regierung, in der sie sich mit den großen Volksmassen einig weiß, und in der sicheren Erwartung, daß die beklagenswerten Vorgänge sich nicht wiederholen werden, nimmt die Regierung die besprochenen Maßnahmen zurück.

Schade, daß auch diese Gelegenheit verpaßt wurde.

Was der Krieg verschlingt.

Wenn die ersten drei Kriegsjahre vollendet sein werden, werden die Kosten des Krieges sich folgendermaßen gestaltet haben:

Kriegsanleihen 350 Milliarden Mark,
Tote und Verwundete 24 000 000 Männer,
Tote allein 7 000 000 Männer,
Invaliden 5 000 000 Männer,
Tote und Invaliden 12 000 000 Männer,
Verluste durch Geburtenrückgang 9 000 000.

Die Goldgewinnung der Welt seit fünfhundert Jahren beziffert sich auf etwa 62 Milliarden Mark, also noch nicht einmal ein Fünftel der Kriegsanleihen! Wollte man die 350 Milliarden Kriegskosten in 20-Mark-Stücken auszahlen, so könnte man davon einen neunfachen Gürtel um den Aequator legen. Die gesamte Staatsschuld Europas betrug vor dem Kriege 104 Milliarden Mark. Nach drei Kriegsjahren wird sie auf 450 Milliarden Mark gestiegen sein. Wollte man die 7 000 000 Getöteten zu einem Leichenzug formen, wird er von Paris bis Wladiwostok reichen. Die gesamte englische Handelsflotte vor dem Kriege hat einen Wert von höchstens 3 Milliarden Mark, also weniger wie die Zinsen der Kriegsanleihe, die England jetzt schon zu zahlen hat. Die gesamte deutsche Warenausfuhr nach den englischen Kolonien betrug rund 450 Millionen Mark jährlich. Gelingt es England wirklich, sie restlos zu vernichten, braucht es 200 Jahre, um dem Betrag seiner Kriegskosten gleichzukommen. Deutschland hätte für seine Kriegskosten sämtliche Baumwollfelder und Kupferbergwerke der Vereinigten Staaten und ihre gesamte Petroleumindustrie aufkaufen können, und noch immer viele Milliarden übrig gehabt. Frankreich hat schon jetzt über die doppelte Anzahl Männer verloren, als die gesamte männliche Bevölkerung Elsaß-Lothringens beträgt. Rußland hätte sich für die Kriegskosten ein Eisenbahnnetz dichter als Belgien bauen können. Ganz Europa wäre mit dem Gelde der Kriegsausgaben in ein hochkultiviertes Treibhaus, in einen paradiesischen Garten verwandelt worden.

Die Schäden, die dieser Krieg der Menschheit zugefügt hat, sind so ungeheuer, daß niemand in ihn hineingegangen wäre, wenn er seinen Verlauf gekannt hätte. Aber nun ist es höchste Zeit, endlich dieser geradezu irrsinnigen Vernichtung von Menschenglück und Menschengut ein Ende zu machen. Der von dem Krieg verursachte Schaden ist schon längst so unermeßlich groß, daß er durch einen Frieden gutgemacht werden könnte. „Sieger oder Besiegte, sie liegen alle unter den Trümmern. Es ist eine Raserei, die sich nur noch dadurch hält, daß sie nicht nachdenkt, nicht denkt, und vor allem vorbeiguckt."

Dieses sind einige Hauptzahlen und Hauptgedanken aus einer neuen Broschüre von Varons „Die soziale Bilanz des Krieges", die soeben im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen ist. (Preis 25 Pfg.) Sie stellt in ihrer Gesamtheit einen packenden Aufruf zum sofortigen Friedensschluß dar, der sich an die Arbeiterklasse aller Völker, vor allem aber an die russische Sozialdemokratie richtet. Die weitere demokratische Entwicklung erzwingt den Frieden. Die Revolution ist keine Regierungsform für den Krieg. Die Revolution bringt selbst den Frieden. Varons warnt die russischen Genossen eindringlich, sich vom Imperialismus mit der Parole einfangen zu lassen, daß man jetzt den preußischen Militarismus vernichten müsse. Ohne die russischen Niederlagen gäbe es jetzt keinen Sieg der Revolution, insofern traue sich die Sozialdemokratie der Zentralmächte rühmen, den Zarismus zuerst niedergerungen zu haben. Um in Deutschland die Freiheit zu erkämpfen, brauchen wir das russische Freiheitsheer nicht — wir würden schon selber fertig. Die Zustände in Frankreich und England seien auch keineswegs so verlockend, daß wir deutschen Sozialdemokraten Ursache zu dem Wunsche hätten, mit diesen Ländern zu tauschen. Unser Kampf gehe nicht gegen diese oder jene Form des kapitalistischen Staates, sondern gegen den kapitalistischen Staat überhaupt zum Zwecke seiner Umwandlung in einen sozialistischen. Dieser Kampf greife weit über Deutschlands Grenzen hinaus und sei in Deutschland ganz gewiß nicht besonders nachhaltig. Das preußische Wahlrecht, so wichtig es für uns Deutsche sei, gehe die englischen Sonderparteien nicht mehr an, als uns etwa der Dreyfus-Prozeß in Frankreich und Homerule in Irland. Jede sozialistische Partei habe durch den Krieg ungeheure Aufgaben zugewiesen erhalten. Während die Armeen revolutionär gewirkt haben, fällt der Sozialdemokratie in einer merkwürdigen Umkehrung der geschichtlichen Logik die Aufgabe zu, Europa vor Barbarei und Untergang zu bewahren. Die weltgeschichtliche Perspektive hat sich dabei ungemein verkürzt, ein guter Teil unserer Zukunftshoffnungen ist zur Gegenwartsforderung geworden. Dringender als zu Vasallen Zeiten erschallt der Ruf nach der Vereinigung von Wissenschaft und Arbeitern zum Wiederaufbau der zerstörten Kultur. Hört die Arbeiterklasse in einmütiger Geschlossenheit diesen Ruf, dann wird ihr unmittelbar durch den Krieg auch die Macht zufallen, einen großen Teil ihrer Bestrebungen zu verwirklichen.

Das gute Beispiel.

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, hat durch seine unumwundene Bereitschaftserklärung zu einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigung dem deutschen Reichskanzler ein Vorbild gezeigt, nach dem Herr v. Bethmann-Hollweg sich zu seinem Nutzen richten sollte. Aber auch sonst bietet uns der verbündete Donaustaat mancherlei, wovon wir im Reiche zu lernen hätten. Während bei uns die Verbände der Industriellen die wildesten Länderverschlinger sind, haben die zwei größten österreichischen Verbände „mit Rücksicht auf die blutende Menschheit" und die zukünftige Wirtschaft des Vaterlandes den Standpunkt der Regierung, die zu einem Frieden ohne Eroberung sich durch den Mund des Grafen Czernin jederzeit bereit erklärte, einmütig gutgeheißen."

In Prag haben unsere tschechischen Parteigenossen eine Wahlreform für die dortige Stadtvertretung gefordert. In der letzten Stadtratssitzung haben nun der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister selbst eine Neuordnung der Stadtverfassung auf der **Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Gemeindewahlrechts** erklärt. Sie haben zur Begründung ausgeführt, daß die **größte Anteilnahme der Bevölkerung an der öffentlichen Verwaltung dem Wohl der Gemeinde am zuträglichsten sei.** Die ganze Bevölkerung habe in diesem Weltkrieg ein so hohes Verständnis für die Bedürfnisse des Vaterlandes gezeigt, alle Bevölkerungsschichten hätten so sehr dem gemeinsamen Wohle die gleichen Opfer bringen müssen, daß auch die ganze Bevölkerung in vollem Maße **reif zur Anteilnahme an der Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten** und zum vollen Genuß aller bürgerlichen Rechte erwiesen sei. Insbesondere hätten auch die Frauen so große Leistungen und große Opfer auf sich genommen, daß sie **nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben dürften.** — Der Antrag, einen gemeinsamen Ausschuß von Stadtrat und Stadtverordnetenversamlung zur Demokratisierung der Gemeindeverfassung einzusetzen, wurde einstimmig angenommen; daß diese Reform auf die Grundlage des gleichen Wahlrechts erfolgen solle, mit großer Mehrheit beschlossen.

Wir warten nun auf die deutschen Bürgermeister, welche für gleiche und für das Frauenwahlrecht ebenso entschieden in die Schranken treten wie ihre tschechischen Kollegen in Prag. Wenn uns nur die Zeit nicht zu lang wird.

Aus der Partei.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Im Lande wird das Gerücht verbreitet, die Partei habe auf die Regierung eingewirkt, damit den Vertretern der Unabhängigen keine Pässe zur Reise nach Stockholm ausgefertigt werden. Selbstverständlich handelt es sich um ein Märchen, das aber für die Kampfmethoden gewisser Leute charakteristisch ist.

J. Janson-Braun gestorben. Wie die „Berner Tagwacht" vom 30. April d. J., die uns erst jetzt zu Gesicht kommt, mitteilt, ist durch die Versenkung eines Schiffes im Sperrgebiet auch der Genosse Janson-Braun ums Leben gekommen, einer der führenden Genossen der Sozialdemokratie Lettlands. Er befand sich auf dem Wege von England nach Rußland, um, wie in der ersten russischen Revolution, auch in dieser der Gegenwart dem russischen Proletariat zu dienen. Die russisch-lettische Sozialdemokratie verliert in dem Genossen Janson-Braun, wie die „Berner Tagwacht" mit Recht hervorhebt, einen ihrer besten und treuesten Kämpfer, der an der Wiege der Partei gestanden und durch lange Jahre der Verfolgung und des Exils ihr in ungebrochener Treue in den verantwortlichsten Parteiämtern gedient hat. Er war Mitglied des Internationalen Bureaus und ist auch den deutschen Genossen aufs beste bekannt. Während des Krieges hat er über die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie und ihre politische Stellung sich sehr bitter ausgelassen, aber wie wir vor jeder ehrlichen Ueberzeugung Respekt haben, so hatten wir erst recht vor der ehrlichen Ueberzeugung dieses alten revolutionären Kämpfers Achtung, und wir werden ihm diese Achtung gern über das Grab hinaus bewahren.

Aus Nah und Fern.

Eine ganze Ortschaft niedergebrannt. Die bei Pr.-Holland in Ostpreußen gelegene Ortschaft Lomp ist, dem „Berl. Lok.-Anz." zufolge, mit 62 Wohnhäusern, Stallungen und Schuppen gänzlich niedergebrannt. Von ihrer beweglichen Habe konnten die Bewohner fast nichts retten.

Ertrunken. Bei einer Segelfahrt auf dem Löwentin-See bei Lötzen sind zwei Leutnants infolge plötzlichen Auftretens eines Orkans ertrunken.

Von einem „Geniestreich" des Bürgermeisters von Lippstadt berichtet die „Bielefelder Volkswacht": „Als in Lippstadt eine Lehrerin erkrankte und die Aerzte erkannt hatten, daß es sich um einen Pockenfall handelte, ordnete der Kreisarzt sofort die Ueberführung der Patientin ins Lippstädter evangelische Krankenhaus an, das mit Isolierräumen vortrefflich versehen ist. Bürgermeister Nohl paßte das aber nicht. Aus „heiligem Egoismus", der zurzeit ja weit verbreitet ist, oder eingedenk des Bittgebetes „Ich bitt' dich, heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an", ließ er die Kranke in einen Wagen packen und bei Nacht ins Krankenhaus des benachbarten Städtchens Geseke bringen. Zwischen 12 und 1 Uhr nachts kam der Wagen vor dem dortigen Krankenhause an. Der Lippstädter Bürgermeister hatte soweit ganz richtig kalkuliert, daß die Schwestern die Kranke nicht mitten in der Nacht zurücksenden, sondern barmherzig aufnehmen würden. Die Ueberrumpelung der Geseker bei Nacht war also gelungen. Als sie des andern Morgens erfuhren, welche Gastfreundschaft der Lippstädter Bürgermeister ihnen zumutete, waren sie zunächst sprachlos. Im Jahre 1866, als in Lippstadt die Cholera wütete, flüchteten Lippstädter Familien nach Geseke. Sie wurden freundlich aufgenommen und die Geseker wurden nicht angesteckt. Auch diese Invasion scheint nach dem bisherigen Verlauf keine Anstecknngen nach sich zu ziehen. Aber auch die Geseker halten die Gastfreundschaft für eine schöne Tugend, zu weit getrieben aber für Dummheit; sie verlangen Sühne für den im Dunkel der Nacht ausgeführten Angriff. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde das Vorgehen des Lippstädter Bürgermeisters einer scharfen Kritik unterzogen und folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Versammlung nimmt auf Grund einer Eingabe mehrerer Stadtverordneten Kenntnis davon, daß auf Veranlassung des Bürgermeisters Nohl in Lippstadt eine Pockenkranke von Lippstadt nach Geseke ins Krankenhaus gebracht ist. Versammlung spricht einstimmig ihre Entrüstung über dieses eigenmächtige Vorgehen des Bürgermeisters Nohl und anderseits ihre Befriedigung darüber aus, daß der Magistrat sofort in dieser Angelegenheit Beschwerde beim Herrn Regierungspräsidenten eingereicht hat, damit gegen den schuldigen Beamten die entsprechenden Schritte eingeleitet werden. Der Magistrat wird ersucht, die Antwort auf die Beschwerde der Versammlung demnächst bekannt zu geben. Versammlung behält sich vor, den Magistrat zu weiteren Schritten zu veranlassen."

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.